



Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Münster

Herausgeber: Bezirksregierung Münster

Münster, den 21. Dezember 2018

Nummer 51

INHALTSVERZEICHNIS

B: Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung	365	258	Verlust eines Dienstsiegels	394	
251	Ordnungsbehördliche Verordnung zur Ausweisung des Gebietes „Herrenwiese“, Stadt Hörstel, Kreis Steinfurt, im Regierungsbezirk Münster, als Naturschutzgebiet	365	259	Bekanntmachung gemäß § 10 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) und § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)	394
252	Genehmigung und Bekanntmachung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Münster und 12 niederländischen Gemeinden zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgabe der Abfallentsorgung	372	260	Bekanntmachung gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)	395
253	Genehmigung und Bekanntmachung einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Steinfurt und der Stadt Ibbenbüren	389	261	Bekanntmachung der Bezirksregierung Münster über die öffentliche Auslegung der genehmigungsrelevanten Unterlagen im Verfahren zur Genehmigung des durch die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH und die Brennelement-Zwischenlager Ahaus GmbH beantragten Umgangs mit sonstigen radioaktiven Stoffen in Form der Zwischenlagerung im westlichen der beiden Lagerbereiche (Lagerbereich I) des Transportbehälterlagers Ahaus	395
254	Genehmigung einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Steinfurt und der Gemeinde Metelen	390	262	Staatliche Anerkennung der Anordnung über die Errichtung des Verbandes der katholischen Kirchengemeinden in den Dekanaten Dorsten und Lippe	397
255	Bekanntmachung: 17. Änderung des Regionalplans Münsterland Veränderung der Festlegung von Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichen (GIB) und Allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) im Rahmen von Flächentauschen auf dem Gebiet der Stadt Sassenberg	391	C: Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen	400	
256	Bestellung von bevollmächtigten Bezirks-schornsteinfegern / Bezirksschornsteinfegerinnen	392	263	Verlust eines Dienstaussweises	400
257	Vereinigung der Evangelischen Kirchengemeinde Buer-Beckhausen und der Evangelischen Kirchengemeinde Gelsenkirchen-Horst - Evangelischer Kirchenkreis Gelsenkirchen und Wattenscheid -	393	264	Prüfungsordnung des Studieninstitutes für kommunale Verwaltung Emscher-Lippe für Umschulungsprüfungen im Ausbildungsberuf zur Verwaltungsfachangestellten/ zum Verwaltungsfachangestellten - Fachrichtung Kommunalverwaltung -	400

B: Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

- 251 **Ordnungsbehördliche Verordnung zur Ausweisung des Gebietes „Herrenwiese“, Stadt Hörstel, Kreis Steinfurt, im Regierungsbezirk Münster, als Naturschutzgebiet**

Präambel

Die Verordnung umfasst das Naturschutzgebiet „Herrenwiese“. Das 8,4 ha große Gebiet befindet sich in der Gemarkung Riesenbeck südlich des Ortsteils Riesenbeck der Stadt Hörstel, Kreis Steinfurt im Naturraum Ostmünsterland.

Bei der Herrenwiese handelt es sich überwiegend um im öffentlichen Eigentum befindliches, wertvolles bzw. schutzwürdiges Grünland frischer, in Teilarealen feuchter bis nasser Ausprägung mit einer im Nordwesten angelegten Blänke.

Südlich und östlich wird der Grünlandbereich von Wallhecken und Feldgehölzen gekennzeichnet.

Südwestlich des Grünlandbereiches schließt sich ein Biotopkomplex aus Kleingewässern, Grünlandbrache sowie einem Feldgehölz an.

In Verbindung mit dem nahegelegenen Naturschutzgebiet „Haverforths Wiesen und Grützemachers Kanälchen“ bildet das NSG „Herrenwiese“ einen wichtigen Trittstein im landesweiten Biotopverbund.

Wichtige Ziele der Schutzgebietsausweisung sind die Erhaltung und Entwicklung von artenreichem Grünland als Lebensraum für gefährdete Tier- und Pflanzenarten sowie die Erhaltung und Entwicklung naturnaher mesotropher Kleingewässer und Feldgehölze als Trittsteinbiotop in einem intensiv genutzten Umfeld.

Mit dieser Verordnung werden die Vorgaben des Regionalplanes Münsterland mit der Darstellung eines „Bereiches für den Schutz der Natur“ konkretisiert und erfüllt.

Inhalt

- Rechtsgrundlagen
§ 1 Schutzgebiet
§ 2 Schutzzweck und Schutzziel
§ 3 Allgemeine Verbotsregelungen
§ 4 Jagdliche Regelungen
§ 5 Landwirtschaftliche Regelungen

- § 6 Nicht betroffene Tätigkeiten
- § 7 Befreiungen
- § 8 Gesetzlich geschützte Biotope
- § 9 Bußgeld- und Strafvorschriften
- § 10 Verfahrens- und Formvorschriften
- § 11 Inkrafttreten

Anlagen

Anlage I: Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000

Anlage II: Detailkarte im Maßstab 1 : 5 000

Rechtsgrundlagen

Aufgrund

- des § 43 Abs. 1 und 3 des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen (**Landesnaturenschutzgesetz - LNatSchG**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.07.2000 (GV. NRW. S. 568), das durch das Gesetz vom 15.11.2016 (GV.NRW.S. 934) neu gefasst worden ist, in Verbindung mit §§ 23 und 32 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (**Bundesnaturenschutzgesetz - BNatSchG**) in der Fassung vom 29.07.2009 (BGBl. S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. September 2017 (BGBl. I S. 3434)
- der §§ 12, 25 und 27 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (**Ordnungsbehördengesetz - OBG**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.05.1980 (GV. NW. S. 528), zuletzt geändert durch Artikel 1 Drittes ÄndG vom 06.12.2016 (GV. NRW. S. 1062),
- des § 20 Abs. 1 Landesjagdgesetz (**LJG-NRW**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.12.1994 (GV. NW. 1995 S. 2, ber. 1997 S. 56), zuletzt geändert durch Art. 25 des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften vom 15.11.2016 (GV. NRW. S. 934),

wird verordnet:

§ 1

Schutzgebiet

- (1) Das Naturschutzgebiet „Herrenwiese“ ist 8,4 ha groß und liegt auf dem Gebiet der Stadt Hörstel, Kreis Steinfurt.

Das Naturschutzgebiet umfasst die Flächen: Gmk. Riesenbeck,

Flur 52, Flurstück 77

Flur 54, Flurstücke 7 tlw., 9, 12 tlw., 95 und 116.

Bei Flur 54, Flurstück 9 tlw. handelt es sich um vegetationskundlich wertvolles Grünland (s. Anlage II).

Die Lage des Gebietes ist in der Karte

- im Maßstab 1 : 25 000 (Anlage I, Übersichtskarte)

und die genaue Abgrenzung des Gebietes in der Karte

- im Maßstab 1 : 5 000 (Anlage II, Detailkarte)

dargestellt.

Die Anlagen I und II sind Bestandteile dieser Verordnung.

- (2) Diese Verordnung mit Anlagen kann während der Dienststunden bei folgenden Behörden eingesehen werden:

- a) Bezirksregierung Münster
 - Höhere Naturschutzbehörde -
 - Dienstgebäude Emil-Werth-Haus
 - Nevinghoff 22
 - 48147 Münster
- b) Landrat des Kreises Steinfurt
 - Untere Naturschutzbehörde -
 - Tecklenburger Straße 10
 - 48565 Steinfurt

- c) Bürgermeister der Stadt Hörstel
- Kalixtusstraße 6
- 48477 Hörstel

§ 2

Schutzzweck und Schutzziel

- (1) Das in § 1 näher bezeichnete Gebiet wird als Naturschutzgebiet gemäß § 23 BNatSchG ausgewiesen.
- (2) Die Unterschutzstellung erfolgt
- a) zur Erhaltung, Entwicklung sowie zur Wiederherstellung von Lebensgemeinschaften und Lebensstätten wildlebender landschaftsraumtypischer Tier- und Pflanzenarten, insbesondere zur Erhaltung und Entwicklung von seltenen und gefährdeten Pflanzengesellschaften des offenen Wassers sowie des extensiven Grünlandes;
 - b) zur Erhaltung von wertvollen Pflanzengesellschaften des Feucht- und Nassgrünlandes;
 - c) zur Erhaltung und Entwicklung der naturnahen nach § 42 LNatSchG geschützten Kleingewässer sowie der Feldgehölze als Trittsteinbiotope;
 - d) wegen der Bedeutung des Gebietes als Refugium für wildlebende Tiere und Pflanzen und Teil eines Biotopverbundkomplexes in einer durch anthropogene Nutzung geprägten Umgebung;
 - e) zur Sicherung des Naturhaushalts u.a. mit Vorkommen schutzwürdiger Grundwasserböden und zur Abwehr schädlicher Einwirkungen und negativer Veränderungen ökologischer Zusammenhänge
 - f) als Bestandteil eines Biotopverbundes mit landesweiter Bedeutung.
- (3) Die über die Verordnungsdauer hinausgehende langfristige Zielsetzung für das Gebiet umfasst den Erhalt eines naturraumtypischen Biotopkomplexes mit permanent Wasser führenden, naturnahen Stillgewässern inklusive ihrer Verlandungsstadien und ihre Entwicklung als Lebensraum für Amphibien, Libellen, Wasservogel sowie die Entwicklung von artenreichem Feuchtgrünland als Lebensraum von Wiesenvogel-Lebensgemeinschaften und den Erhalt von Feldgehölzen als Trittsteinbiotop in einem intensiv ackerbaulich genutzten Umfeld. Zur Sicherung eines naturraum- und standorttypischen Wasser- und Nährstoffhaushaltes sind Grundwasserabsenkung und Eutrophierung zu vermeiden.

§ 3

Allgemeine Verbotsregelungen

- (1) Nach § 23 Abs. 2 BNatSchG sind in dem Naturschutzgebiet alle Handlungen insbesondere nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen dieser Verordnung verboten, die zu einer nachhaltigen Störung oder zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile führen können (Verschlechterungsverbot). Gleiches gilt für Handlungen außerhalb des Naturschutzgebietes, die sich auf das Naturschutzgebiet entsprechend auswirken können.

- (2) In dem geschützten Gebiet ist es insbesondere verboten:
- 1. bauliche Anlagen zu errichten, zu ändern oder deren Nutzung zu ändern, auch wenn dafür keine Planfeststellung, Genehmigung oder Anzeige erforderlich ist;

Begriffsbestimmung:

Bauliche Anlagen im Sinne dieser Verordnung sind die in § 2 Abs. 1 Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen 2016 (Landesbauordnung - BauO NRW) vom 15.12.2016 (GV. NRW. 2016, Nr. 45, S. 1161 ff) in der jeweils geltenden Fassung definierten Anlagen. Hierzu zählen auch Stege,

Camping- und Wochenendhausplätze, Viehhütten, Jagdkanzeln, offene Hochsitze und Ansitzleitern, sowie öffentliche und private Verkehrsanlagen, Wege und Plätze einschließlich deren Nebenanlagen.

Unberührt bleibt die Errichtung von Ansitzleitern sowie die Wiederherstellung oder der Ersatz bestehender Ansitzleitern in der Zeit vom 15.07. bis 01.03.;

Ausnahme:

Für die Errichtung von Viehhütten, offenen Hochsitzen und Jagdkanzeln (einschließlich mobiler Jagdkanzeln) erteilt die Untere Naturschutzbehörde auf Antrag eine Ausnahmegenehmigung, soweit diese nach Standort und Gestaltung dem Schutzzweck und Schutzziel nicht entgegen stehen;

2. Leitungen aller Art einschließlich ober- und unterirdischer Ver- und Entsorgungseinrichtungen und Fernmeldeeinrichtungen anzulegen, zu ändern oder zu unterhalten;

Ausnahme:

Die Unterhaltung von Ver- und Entsorgungsleitungen sind außerhalb der vom 15.03. bis 15.06. währenden Brutzeit ausgenommen, sofern die Maßnahme der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Steinfurt vorher angezeigt wird und diese nicht binnen eines Monats hiergegen Bedenken erhebt.

3. Zäune und andere Einfriedungen anzulegen oder zu ändern;

Unberührt bleibt die Errichtung ortsüblicher Weidezäune sofern keine Befestigung an Bäumen erfolgt;

4. Werbeanlagen, Werbemittel, Schilder, Beschriftungen oder Beleuchtungen zu errichten, anzubringen oder zu verändern;

Unberührt bleibt die Erneuerung bestehender Hinweistafeln in bestehender Art und Größe, die Errichtung oder das Anbringen behördlich genehmigter Schilder oder Beschriftungen soweit sie ausschließlich auf den Schutzzweck des Gebietes hinweisen oder als Orts- und Verkehrshinweise, Wegmarkierungen oder Warntafeln dienen;

5. Buden, Verkaufsstände, Verkaufswagen, Warenautomaten, Zelte oder ähnliche, dem zeitweiligen Aufenthalt von Menschen oder Sachen dienende Anlagen aufzustellen; Wohnwagen, Wohnmobile oder Wohncontainer abzustellen oder Stellplätze für sie anzulegen;
6. Zelt-, Picknick- oder Lagerplätze anzulegen, zu lagern, zu zelten, zu grillen oder Feuer zu machen;
7. Anlagen für den Wasser-, Eis-, Schieß-, Luft- oder Modellflugsport zu errichten;
8. Motor-, Wasser-, Eis-, Schieß-, Luft-, und Modellsport auszuüben und Modellfahrzeuge jeglicher Art zu betreiben. Hierunter fallen auch unbemannte Luftfahrtsysteme und Flugmodelle (Drohnen);
9. Entwässerungs- und andere, den Wasserhaushalt des Gebietes verändernde Maßnahmen vorzunehmen sowie den Grundwasserstand abzusenken (z.B. durch Neuanlage von Gräben oder Dränagen);

Unberührt bleibt die Unterhaltung bestehender Dränagen, Gräben und Gewässer soweit die entwässernde Wirkung bzw. Vorflut dabei nicht über das Maß zum Zeitpunkt der erstmaligen Unterschutzstellung (Verordnung vom 23.12.1996) hinaus verändert wird;

10. die Gewässer einschließlich ihrer Ufer zu verändern, zu beseitigen, in eine intensivere Nutzung zu überführen oder hinsichtlich ihrer sonstigen Eigenschaften nachteilig zu verändern;

11. Gewässer zu düngen, zu kalken oder mechanische, chemische und biologische Veränderungen durchzuführen, die die Beschaffenheit bzw. die Ökologie der Gewässer beeinträchtigen können;

12. im Gewässer zu baden oder Eisflächen zu betreten bzw. zu befahren;

13. Straßen, Wege und Plätze einschließlich ihrer Nebenanlagen anzulegen;

14. die Flächen zu betreten, zu befahren (dies gilt auch für das Befahren mit Fahrrädern), auf ihnen zu reiten sowie Fahrzeuge dort abzustellen;

Unberührt bleiben:

- a) das Betreten durch den Eigentümer oder Nutzungsberechtigten;

- b) das Betreten im Rahmen der ordnungsgemäßen Ausübung der Jagd und für Maßnahmen des Jagdschutzes sowie das Befahren zur Versorgung des kranken oder verletzten Wildes gemäß § 22 a Abs. 1 Bundesjagdgesetz (BJagdG) vom 29.09.1976 (BGBl. I S. 2849) in der jeweils gültigen Fassung und zur Bergung des erlegten Wildes;

- c) das Betreten und Befahren zur Durchführung behördlicher Überwachungsaufgaben und Unterhaltungsmaßnahmen;

15. Hunde unangeleint laufen zu lassen sowie Hundesportübungen, -ausbildungen und -prüfungen durchzuführen.

Unberührt bleibt der Einsatz von Jagdhunden im Rahmen der ordnungsgemäßen Ausübung der Jagd, jedoch nicht für die Ausbildung von Jagdhunden.

16. Erstaufforstungen vorzunehmen sowie Sonderkulturen, wie z. B. Weihnachtsbaum-, Schmuckreisigkulturen, Kurzumtriebsplantagen oder Baumschulen anzulegen;

17. Wiederaufforstungen von Gehölzen mit nicht zur potentiell natürlichen Vegetation gehörenden Pflanzen vorzunehmen sowie Pflanzmaterial ungeeigneter Herkunft zu verwenden;

18. die chemische Behandlung von Holz oder anderen Materialien im Schutzgebiet vorzunehmen;

19. Bäume mit Horsten, Höhlenbäume oder Totholz zu fällen oder auf andere Weise zu entfernen;

Unberührt bleiben Maßnahmen der Verkehrssicherung unter Beachtung des Artenschutzes;

20. wildlebende Tiere zu füttern, ihnen nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu fangen, zu verletzen oder zu töten; ihre Entwicklungsformen sowie ihre Fortpflanzungs- oder Ruhestätten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören und diese Tiere durch Lärmen, Aufsuchen, Fotografieren, Filmen oder ähnliche Handlungen zu stören;

Unberührt bleibt die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd, soweit dies nicht nach dem § 4 dieser Verordnung eingeschränkt oder verboten ist;

21. Bäume, Sträucher oder wild wachsende Pflanzen und ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören (dazu gehört auch das Sammeln von Beeren oder Pilzen);

Unberührt bleibt die ordnungsgemäße Forstwirtschaft unter Beachtung von Nr. 18

22. Tiere, Bäume, Sträucher oder sonstige Pflanzen oder entwicklungsfähige Pflanzenteile einzubringen, anzusiedeln bzw. auszusetzen;

Unberührt bleiben:

- a) die ordnungsgemäße Forstwirtschaft unter Beachtung der Nrn. 15 und 16
 - b) die ordnungsgemäße Ausübung der Imkerei, sofern die Standorte für das Aufstellen von Bienenhäusern oder Bienenvölkern in mobilen Anlagen mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt sind.
23. Aufschüttungen, Verfüllungen, Abgrabungen, Ausschachtungen sowie andere die Bodengestalt verändernde Maßnahmen durchzuführen und Boden- oder Gesteinsmaterial zu entnehmen, zu gewinnen oder aus dem Gebiet zu entfernen;
24. Pflanzenschutzmittel (inklusive Schädlingsbekämpfungsmittel und Bodenbehandlungsmittel) oder sonstige Biozide, Düngemittel, einschließlich Kalk kurzfristig oder dauerhaft zu lagern;
25. Abfallstoffe aller Art (einschließlich Grün- und Gartenabfälle), Boden, Bauschutt, Altmaterial sowie andere landschaftsfremde flüssige oder feste Stoffe oder landschaftsfremde Gegenstände, die geeignet sind das Landschaftsbild oder den Naturhaushalt zu beeinträchtigen oder zu gefährden, kurzfristig oder auf Dauer zu lagern, auf- bzw. einzubringen, in Gewässer oder in das Grundwasser einzuleiten oder sich ihrer in anderer Weise zu entledigen.
26. bislang land- und forstwirtschaftlich nicht genutzte Flächen zu bewirtschaften, mit Pflanzenschutzmitteln (inklusive Schädlingsbekämpfungsmittel und Bodenbehandlungsmittel) oder sonstigen Bioziden zu behandeln, zu düngen oder zu kalken;

Unberührt bleibt die Bewirtschaftung von Flächen, die im Rahmen landwirtschaftlicher Förderprogramme (z. B. Flächenstilllegungsprogramm) zur Zeit des Inkrafttretens dieser Verordnung nicht genutzt werden, nach Ablauf der vertraglichen Regelung, soweit darauf ein Anspruch besteht.

§ 4

Jagdliche Regelungen

Über die Bestimmungen des § 3 Abs. 2 dieser Verordnung hinaus ist es verboten:

1. Wildfütterungsanlagen, Wildäsungsflächen, Wildäcker oder Wildfütterungsplätze anzulegen;
2. Wildfütterungen - auch in Notzeiten - und Kirrungen vorzunehmen;

Ausnahme:

Die Untere Naturschutzbehörde erteilt in begründeten Einzelfällen auf Antrag eine Ausnahme, sofern Schutzzweck und Schutzziel nicht entgegenstehen.

3. jagdbare Tiere auszusetzen;
4. die Fallenjagd auszuüben und „Kunstbauten“ (z. B. zur Fuchsbejagung) anzulegen;

Ausnahme:

Die Untere Naturschutzbehörde erteilt auf Antrag für das Aufstellen von Lebendfallen eine Ausnahme, sofern Standort und Anzahl sowie der Zeitpunkt dem Schutzzweck und Schutzziel nicht entgegenstehen.

5. die Jagd auf Federwild in der Zeit vom 15.01. - 15.10. auszuüben und Bleischrot zu verwenden.

§ 5

Landwirtschaftliche Regelungen

- (1) Die ordnungsgemäße Landwirtschaft kann - außer auf den vegetationskundlich wertvollen Flächen - entsprechend den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis in bisheriger Art und bisherigem Umfang fortgeführt werden.

Einschränkungen der landwirtschaftlichen Bodennutzung, die über die in den §§ 3 und 5 dieser Verordnung aufgeführten Einschränkungen hinausgehen und die zur Herstellung oder Wiederherstellung von Lebensgemeinschaften im Sinne von § 2 zweckmäßig sind, bleiben freiwilligen Vereinbarungen mit den betroffenen Landwirten vorbehalten.

§ 4 LNatSchG ist zu beachten.

- (2) Über die Bestimmungen des § 3 Abs. 2 hinaus ist es verboten:

1. Dauergrünland umzuwandeln oder umzubrechen.

Unberührt bleiben Pflegeumbrüche und Wiedereinsaaten auf Flächen, die nicht als vegetationskundlich wertvoll ausgewiesen sind, nach vorangegangener Anzeige bei der Unteren Naturschutzbehörde. Die Anzeige muss mindestens vier Wochen vor Durchführung der Maßnahme erfolgen.

Begriffsbestimmungen:

Dauergrünland sind Wiesen- und Weideflächen, die durch Einsaat von mehreren Grassaaten oder auf natürliche Weise (Selbstaussaat) zum Anbau von Gras oder anderen Grünfütterpflanzen genutzt werden und mindestens fünf Jahre nicht Bestandteil der Fruchtfolge des landwirtschaftlichen Betriebes waren.

Umwandlung ist eine auf Dauer angelegte Veränderung von Grünland oder Brachflächen in Acker oder eine andere Nutzungsart.

2. Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, organische und chemische Düngemittel, Silage und Futtermittel sowie andere landwirtschaftliche Stoffe und Geräte im Gebiet zu lagern;
3. Pflanzenschutz- oder Schädlingsbekämpfungsmittel sowie Düngemittel oder Wirtschaftsdünger auf Brachflächen anzuwenden;
4. Pflanzenschutzmittel auf Grünlandflächen anzuwenden;

Ausnahme:

Im Einzelfall kann die Untere Naturschutzbehörde auf Antrag eine Ausnahmegenehmigung für eine punktuelle Beseitigung von Unkräutern z. B. Acker-Kratzdistel oder Stumpflättrigem Ampfer erteilen.

5. die Pflanzendecke abzubrennen;
6. Grünland in der Zeit vom 01.03. bis 15.07. eines Jahres zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang zu bewirtschaften;
7. bei der Mahd auf Grünflächen ab 1 Hektar von außen nach innen zu mähen;
8. Maßnahmen im Rahmen der Frühjahrsarbeiten (Schleppen und Walzen) nach dem 15.3. eines Jahres auf Grünlandflächen vorzunehmen, die zur Sicherung der Bestände von gefährdeten bodenbrütenden Vogelarten ausgewiesen werden bzw. hierfür von Bedeutung sind.

Ausnahme:

Für Grünflächen, auf denen nachweislich in den zurückliegenden zwei Jahren keine gefährdeten boden-

brütenden Vogelarten gebrütet haben, kann die Untere Naturschutzbehörde auf Antrag eine Ausnahme erteilen.

(3) Über die Bestimmungen des § 3 Abs. 2 hinaus ist es bei den im Anhang dargestellten vegetationskundlich wertvollen Grünlandflächen verboten:

1. die vegetationskundlich wertvollen Grünlandflächen mehr als 2-mal jährlich zu mähen;
2. auf vegetationskundlich wertvollen Grünlandflächen Nachsaaten vorzunehmen; dies gilt für jedwede Ausbringung von Saatgut im Sinne von Grünflächenerneuerung;

Ausnahme:

Im Einzelfall kann die Untere Naturschutzbehörde bei unerwarteten Beeinträchtigungen der Grasnarbe z. B. bei Tipula-Befall auf Antrag eine Ausnahme genehmigung erteilen.

§ 6

Nicht betroffene Tätigkeiten

Unberührt von den Verboten dieser Verordnung bleiben:

1. von der Unteren Naturschutzbehörde angeordnete, genehmigte oder selbst durchgeführte Pflege-, Entwicklungs- und Sicherungsmaßnahmen;
2. die zur Abwendung von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder zur Beseitigung eines Notstandes erforderlichen Maßnahmen. Der Träger der Maßnahmen hat die Untere Naturschutzbehörde unverzüglich zu unterrichten;
3. sonstige bei Inkrafttreten dieser Verordnung rechtmäßig ausgeübte Nutzungen und Befugnisse, die Wartung und Unterhaltung sowie der notwendige Ersatz bestehender Anlagen, sofern diese Verordnung keine andere Regelung enthält (für die Wartung und Unterhaltung von Versorgungsleitungen, siehe insbesondere § 3 Abs. 2 Nr. 2 dieser Verordnung);
4. die Vornahme gesetzlich vorgeschriebener Maßnahmen. Zeitpunkt und Umfang dieser Maßnahmen sind mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen;
5. die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd und Maßnahmen des Jagdschutzes gemäß § 23 BJagdG i.V.m. § 25 Abs. 1 LJG-NRW in der jeweils geltenden Fassung unter Beachtung der Regelungen in den §§ 3 und 4 dieser Verordnung;
6. die Durchführung von Exkursionen sowie wissenschaftlichen, bodenkundlichen, geologischen und ökologischen Untersuchungen nach vorheriger Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde;

Hinweis:

Diese Unberührtheit ersetzt nicht die erforderliche Information und das evtl. notwendige Einverständnis des Flächeneigentümers. Die Rechte des Eigentümers werden durch diese Regelung nicht berührt.

§ 7

Befreiungen

- (1) Von den Verboten dieser Verordnung kann die Untere Naturschutzbehörde nach § 67 BNatSchG auf Antrag Befreiung erteilen, wenn
 - a) dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist
 oder
 - b) die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die

Abweichung mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu vereinbaren ist.

(2) Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden. § 15 Abs. 1 bis 4 und 6 sowie § 17 Abs. 5 und 7 BNatSchG finden auch dann Anwendung, wenn kein Eingriff in Natur und Landschaft im Sinne des § 14 BNatSchG vorliegt.

Im Falle des § 15 Abs. 6 BNatSchG gilt § 31 LNatSchG entsprechend.

§ 8

Gesetzlich geschützte Biotope

Strengere Regelungen der §§ 30 BNatSchG und 42 LNatSchG über die gesetzlich geschützten Biotope bleiben von den Bestimmungen dieser Verordnung unberührt.

§ 9

Bußgeld- und Strafvorschriften

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 77 Abs. 1 LNatSchG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Verbote dieser Verordnung verstößt.
- (2) Nach § 78 Abs. 1 LNatSchG können Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße bis zu 50.000,00 EUR geahndet werden.
- (3) Unabhängig von den Regelungen des Landesnaturschutzgesetzes finden die Regelungen der §§ 69 und 71 BNatSchG sowie des § 329 Abs. 3 - 6 Strafgesetzbuch (StGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.11.1998 (BGBl. I S. 3322), in der jeweils gültigen Fassung Anwendung.

§ 10

Verfahrens- und Formvorschriften

Gemäß § 43 Abs. 4 Satz 2 LNatSchG wird auf § 43 Abs. 4 Satz 1 LNatSchG hingewiesen:

Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des Landesnaturschutzgesetzes und des Ordnungsbehördengesetzes kann gegen diese Verordnung nur innerhalb eines Jahres nach ihrer Verkündung geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) die Verordnung ist nicht ordnungsgemäß verkündet worden oder
- b) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Bezirksregierung Münster - Höhere Naturschutzbehörde - vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

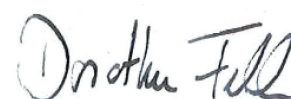
§ 11

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Münster in Kraft.

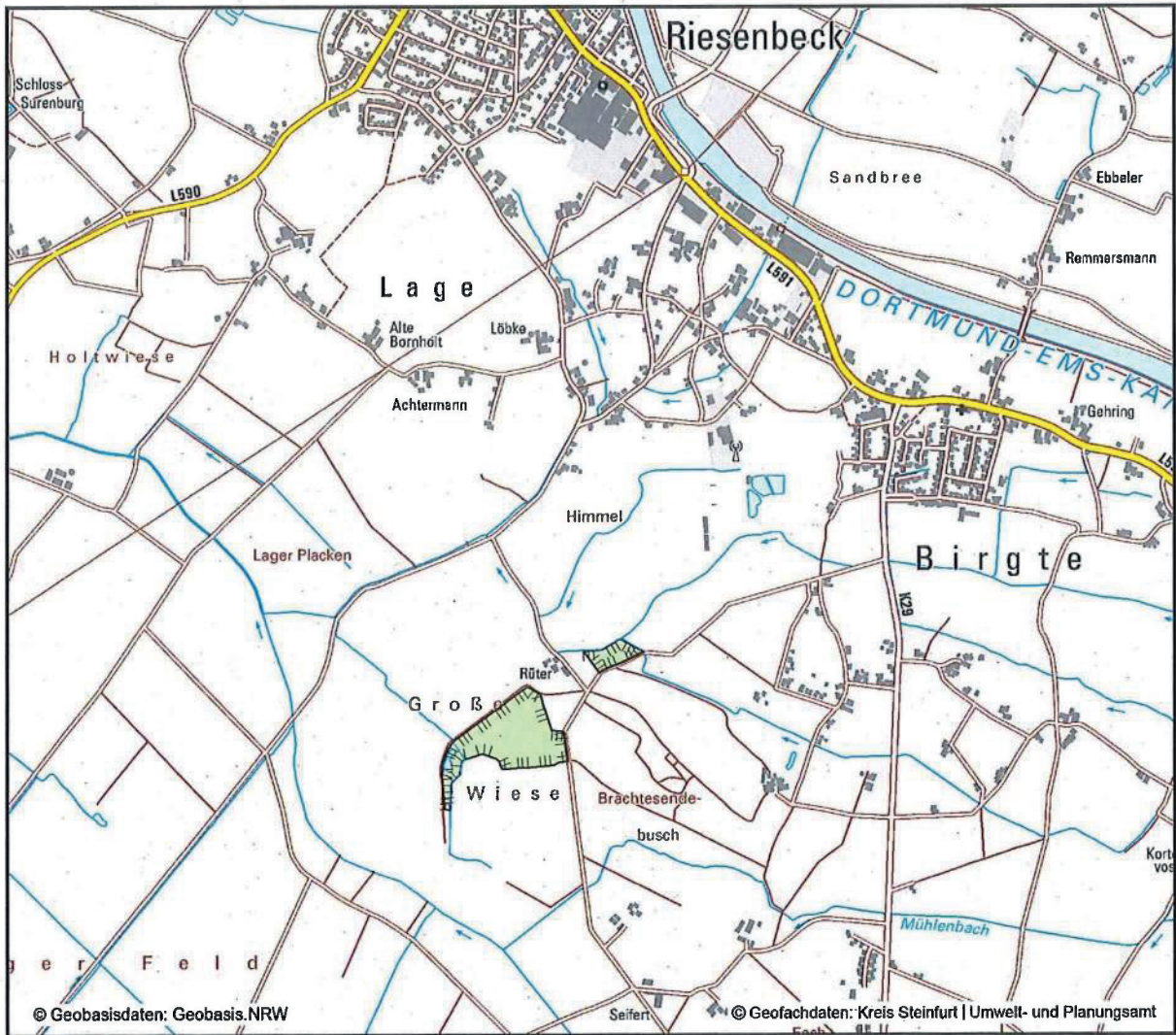
Münster, 05.12 2018

Bezirksregierung Münster
-Höhere Naturschutzbehörde -
-51.1-010-ST/2009.0028
NSG Herrenwiese



Dorothee Feller

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2018 S. 365-371



© Geobasisdaten: Geobasis.NRW

© Geofachdaten: Kreis Steinfurt | Umwelt- und Planungsamt

Naturschutzgebiet "Herrenwiese" Übersichtskarte

Anlage I zu § 1 der ordnungsbehördlichen Verordnung zur Ausweisung des Gebietes "Herrenwiese", im Gebiet der Stadt Hörstel, Kreis Steinfurt im Regierungsbezirk Münster, als Naturschutzgebiet.



1:25.000

DTK25
3711

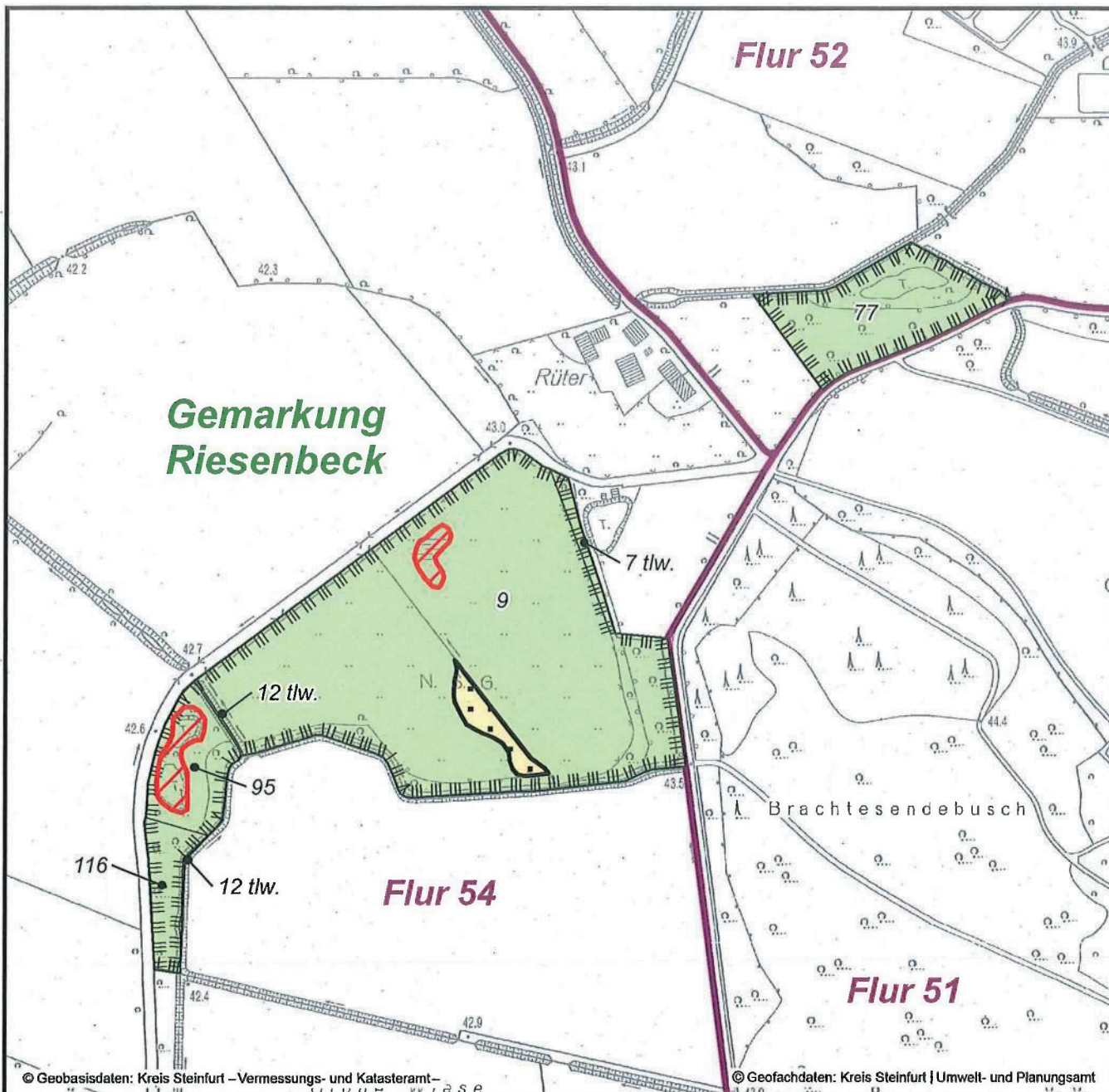
Legende



Naturschutzgebiet

Münster, *05.12.2018*
Bezirksregierung Münster
- Höhere Naturschutzbehörde -
51.1-010-ST/2009.0028-
NSG Herrenwiese

Dorothee Feller



Naturschutzgebiet "Herrenwiese" Detailkarte

Anlage II zu § 1 der ordnungsbehördlichen Verordnung zur Ausweisung des Gebietes "Herrenwiese", im Gebiet der Stadt Hörstel, Kreis Steinfurt im Regierungsbezirk Münster, als Naturschutzgebiet.



1:5.000

DGK 3711/16, 17
22, 23

Legende

Naturschutzgebiet

nachrichtliche Darstellung

gesetzlich geschützte Biotop

vegetationskundlich wertvolles Grünland

Münster, *05.12.2018*
Bezirksregierung Münster
- Höhere Naturschutzbehörde -
51.1-010-ST/2009.0028-
NSG Herrenwiese

Dorothee Feller

Dorothee Feller

252 Genehmigung und Bekanntmachung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Münster und 12 niederländischen Gemeinden zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgabe der Abfallentsorgung

Die nachfolgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Münster und 12 niederländischen Gemeinden über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung von hoheitlichen Aufgaben der Abfallentsorgung habe ich mit Verfügung vom heutigen Tage gemäß § 24 Absatz 2 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) in Verbindung mit dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Land Niedersachsen, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Königreich der Niederlande über grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und anderen öffentlichen Stellen genehmigt.

Die Vereinbarung und meine Genehmigung werden hiermit gemäß § 24 Abs. 3 GkG NRW bekannt gemacht.

Die Vereinbarung tritt am 01.01.2019 in Kraft.

Münster, den 13. Dezember 2018

Bezirksregierung Münster
Az.: 31.1.25-089/2018.0002


Dorothee Feller

Publiekrechtelijke overeenkomst \ Öffentlich-rechtliche Vereinbarung		
13-12-18		
Object Objekt	NL tekst	DE Text
	Publiekrechtelijke overeenkomst	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung
Partijen Parteien	tussen de stad Münster, krachtens het besluit 05-12-2018, vertegenwoordigd door de Oberbürgermeister Lewe, Klemensstraße 10, D-48127 Münster, - Duitse Samenwerkingspartner-	zwischen der Stadt Münster, gemäß Beschluss vom 05.12.2018, vertreten durch den Oberbürgermeister Lewe, Klemensstraße 10, 48127 Münster, -deutsche Kooperationspartnerin-
	en	und
	de gemeente Enschede, krachtens het besluit 16-10-2018, hierbij vertegenwoordigd door Burgemeester Dr. van Veldhuizen,	der Gemeinde Enschede, gemäß Beschluss vom 16.10.2018, vertreten durch Burgemeester Dr. van Veldhuizen,
	de gemeente Hengelo, krachtens het besluit 08-10-2018, hierbij vertegenwoordigd door Burgemeester Schelberg,	der Gemeinde Hengelo, gemäß Beschluss vom 08.10.2018, vertreten durch Burgemeester Schelberg,
	de gemeente Hellendoorn, krachtens het besluit 13-11-2018, hierbij vertegenwoordigd door Wethouder Beintema,	der Gemeinde Hellendoorn, gemäß Beschluss vom 13.11.2018, vertreten durch Wethouder Beintema,
	de gemeente Hof van Twente, krachtens het besluit 06-11-2018, hierbij vertegenwoordigd door Wethouder Scholten,	der Gemeinde Hof van Twente gemäß Beschluss vom 06.11.2018, vertreten durch Wethouder Scholten,
	de gemeente Twenterand, krachtens het besluit 02-10-2018, hierbij vertegenwoordigd door Wethouder van Abbema,	der Gemeinde Twenterand, gemäß Beschluss vom 02.10.2018, vertreten durch Wethouder van Abbema,
	de gemeente Dinkelland, krachtens het besluit 08-10-2018, hierbij vertegenwoordigd door Wethouder Blokhuis,	der Gemeinde Dinkelland, gemäß Beschluss vom 08.10.2018, vertreten durch Wethouder Blokhuis,
	de gemeente Haaksbergen, krachtens het besluit 08-10-2018, hierbij vertegenwoordigd door Burgemeester Dr. van Veldhuizen,	der Gemeinde Haaksbergen, gemäß Beschluss vom 08.10.2018, vertreten durch Burgemeester Dr. van Veldhuizen,
	de gemeente Wierden, krachtens het besluit 16-10-2018, hierbij vertegenwoordigd door Wethouder Kortenhoeven,	der Gemeinde Wierden, gemäß Beschluss vom 16.10.2018, vertreten durch Wethouder Kortenhoeven,
	de gemeente Losser, krachtens het besluit 16-10-2018, hierbij vertegenwoordigd door Dr. Ramerman,	der Gemeinde Losser, gemäß Beschluss vom 16.10.2018, vertreten durch Dr. Ramerman,
	de gemeente Borne, krachtens het besluit 23-10-2018, hierbij vertegenwoordigd door Burgemeester Dr. van Veldhuizen,	der Gemeinde Borne, gemäß Beschluss vom 23.10.2018, vertreten durch Burgemeester Dr. van Veldhuizen,
	de gemeente Tubbergen, krachtens het besluit 09-10-2018, hierbij vertegenwoordigd door Wethouder Blokhuis,	der Gemeinde Tubbergen, gemäß Beschluss vom 09.10.2018, vertreten durch Wethouder Blokhuis,
	de gemeente Berkelland, krachtens het besluit 06-11-2018, hierbij vertegenwoordigd door Wethouder Teselink,	der Gemeinde Berkelland, gemäß Beschluss vom 06.11.2018, vertreten durch Wethouder Teselink,
	- Nederlandse Samenwerkingspartners -	-niederländische Kooperationspartner -

	Duitse Samenwerkingspartner en Nederlandse Samenwerkingspartners hierna gezamenlijk genoemd: Samenwerkingspartners	deutsche Kooperationspartnerin und niederländische Kooperationspartner gemeinsam bezeichnet als: die Kooperationspartner
	<p>Op grond van het Verdrag tussen de Duitse deelstaat Noordrijn-Westfalen, de Duitse deelstaat Nedersaksen, de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden inzake grensoverschrijdende samenwerking tussen territoriale gemeenschappen of autoriteiten van 23-05-1991, (naar Duits recht) in werking getreden op 01-01-1993 (Verdrag GV. NW blz. 530/SGV. NW. (verzameling van de Wetgevings- en Verordnungsbladen van de Duitse deelstaat Noordrijn-Westfalen) 101; Duits Staatsblad II 1993, blz. 842), het zogenaamde Verdrag van Anholt juncto § 1, § 23 en § 24 van de wet inzake gemeentelijke samenwerking (GkG) in de versie van de bekendmaking van 01-10-1979 (GV. NW (Wetgevings- en Verordnungsblad van de Duitse deelstaat Noordrijn-Westfalen), blz. 621), laatstelijk gewijzigd bij wet van 23-01-2018 (GV. NRW (Wetgevings- en Verordnungsblad van de Duitse deelstaat Noordrijn-Westfalen), blz. 90), (naar Nederlands recht) de Overeenkomst tussen het Koninkrijk der Nederlanden, de Bondsrepubliek Duitsland, het Land Nedersaksen en het Land Noordrijn-Westfalen inzake grensoverschrijdende samenwerking tussen territoriale gemeenschappen of autoriteiten, in werking getreden op 01-01-1993 (Trb. 1991, 102), met in acht name van de verplichtingen voor Samenwerkingspartners voortvloeiend uit Richtlijn 2014/24/EU, (naar Duits recht) geïmplementeerd in de Wet tot Modernisering van het (Duitse) "Aanbestedingsrecht van 17 februari 2016, bekend gemaakt op 23 februari 2016 en in werking getreden op 18 april 2016" en (naar Nederlands recht) geïmplementeerd in de Wet van 1 november 2012, houdende nieuwe regels omtrent aanbestedingen (Aanbestedingswet 2012), zoals gewijzigd bij besluit van 24 juni 2016 (Stb. 243 van 30 juni 2016), in werking getreden per 1 juli 2016;</p> <p>sluiten de Samenwerkingspartners de volgende publiekrechtelijke overeenkomst:</p>	<p>Auf der Grundlage des Abkommens zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, dem Land Niedersachsen, der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und anderen öffentlichen Stellen vom 23.05.1991, in Kraft getreten am 01.01.1993 (Abkommen GV. NW Seite 530/SGV. NW.101; BGBl. II 1993, Seite 842), sogenanntes Anhölter Abkommen in Verbindung mit §§ 1, 23, 24 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV. NW Seite 621), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.01.2018 (GV. NRW Seite 90) (deutsches Recht), unter Berücksichtigung der Verpflichtungen der Kooperationspartner in Bezug auf die Richtlinie 2014/24/EU, nach deutschem Recht, umgesetzt im Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts vom 17.02.2016, bekannt gemacht am 23.02.2016, in Kraft getreten am 18.04.2016 und nach niederländischem Recht umgesetzt im Gesetz vom 01.11.2012, entsprechend der neuen Vorschriften bezüglich Vergaben (Vergabe Gesetz 2012), geändert durch Beschluss vom 24.06.2016 (Stb. 243 vom 30.06.2016), in Kraft getreten am 01.07.2016; "de Overeenkomst tussen het Koninkrijk der Nederlanden, de Bondsrepubliek Duitsland, het Land Nedersaksen en het Land Noordrijn-Westfalen inzake grensoverschrijdende samenwerking tussen territoriale gemeenschappen of autoriteiten", in Kraft getreten am 01.01.1993 (Trb. 1991, 102) (niederländisches Recht),</p> <p>schließen die Kooperationspartner folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung ab:</p>
Considerans Präambel		
a.	De stad Münster, Duitse Samenwerkingspartner vervult als publiekrechtelijk orgaan dat verantwoordelijk is voor de afvalverwerking conform § 17 en § 20 van de Duitse wet op de kringlooeconomie (KrWG) juncto de afvalwet van de Duitse deelstaat Noordrijn-Westfalen de overheidstaak tot verwerking van afval door middel van de instelling "Abfallwirtschaftsbetriebe Münster" (AWM) die opereert als zelfstandig bedrijf. De Duitse	Die Stadt Münster, deutsche Kooperationspartnerin, erfüllt als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträgerin gem. §§ 17, 20 KrWG in Verbindung mit dem Landesabfallgesetz NRW die hoheitliche Aufgabe der Abfallentsorgung durch die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetriebe Münster (AWM). Die deutsche Kooperationspartnerin hat damit als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger auch langfristig die

	<p>Samenwerkingspartner dient als publiekrechtelijk orgaan dat verantwoordelijk is voor de afvalverwerking tegen tarieven die sociaal verantwoord zijn ook voor de lange termijn voor de inwoners van Münster te waarborgen.</p>	<p>Entsorgungssicherheit für die Münsteraner Bürgerinnen und Bürger zu sozialverträglichen Gebühren sicherzustellen.</p>
b.	<p>De Nederlandse Samenwerkingspartners zijn naar Nederlands recht, op grond van de artikelen 10.14 en 10.21 Wet Milieubeheer (Wmb) Afvalbeheerplan en artikel 4.9 Wm Milieubeleidsplan (van de provincie Overijssel), eveneens publiekrechtelijk verantwoordelijk voor de overheidstaak van verwerking van afval van particuliere huishoudens.</p>	<p>Die niederländischen Kooperationspartner erfüllen nach niederländischem Recht, auf der Grundlage vom Art. 10.14 und 10.21 Wm Abfallplan und Art. 4.9 Wm Umweltplan (der Provinz Overijssel), ebenfalls die hoheitliche Aufgabe der Abfallentsorgung als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger und sind für die Entsorgung der Abfälle aus privaten Haushalten zuständig.</p>
c.	<p>De taakstelling betreffende het gemeentelijke afvalbeheer betreft een verplichte autonome bevoegdheid van gemeenten, die onder andere als onderdeel van de gemeentelijke verantwoordelijkheid voor veiligstelling van het bestaan wordt beschermd door de organisatiebevoegdheid als verplichting tot garantie van het zelfbestuur van de gemeente zoals vastgelegd in artikel 28 van de Duitse grondwet (GG) en artikel 108 e.v. Nederlandse Gemeentewet.</p>	<p>Bei der Aufgabe der kommunalen Abfallwirtschaft handelt es sich um eine pflichtige Selbstverwaltungsangelegenheit der Kommune, die unter anderem als Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge von der Organisationshoheit als Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie des Art. 28 GG (deutsches Recht) und des Art. 108 u.w. Gemeentewet (niederländisches Recht) geschützt ist.</p>
d.	<p>Volgens Europees primair recht betreft het gemeentelijk afvalbeheer een dienst van algemeen economisch belang (DAEB) in de zin van artikel 14 en artikel 106 lid 2 van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie en Protocol nr. 26 betreffende de diensten van algemeen belang alsmede een opdracht van algemeen belang alsook openbare orde en veiligheid in de zin van de jurisprudentie van het Europese Hof van Justitie.</p> <p>Samenwerkingspartners nemen in aanmerking, dat hun samenwerking een samenwerking bij de uitvoering van een aan hen allen toebedeelde publieke taak – verwerking van huishoudelijk afval – betreft, zoals bedoeld in Richtlijnen 92/50 EG en 2014/24/EU. De Samenwerkingspartners nemen bij de uitvoering van deze taak het verwezenlijken van een hoge milieudoelstelling als doel. Zij dragen zorg voor verantwoorde verwerking van het afval en treffen maatregelen om het ontstaan van afval te begrenzen, in het bijzonder door het verlangen van schone technologieën en herbruikbare producten, zoals bedoeld in bijvoorbeeld Richtlijn 75/442/EEG van de Raad van 15 juli 1975 betreffende afvalstoffen (PB L 194, blz. 39), alsook in Richtlijn 91/156/EEG van de Raad van 18 maart 1991 (PB L 78, blz. 32).</p>	<p>Nach europäischem Primärrecht handelt es sich bei der kommunalen Abfallentsorgung um eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) im Sinne der Art. 14, 106 Abs. 2 AEUV und des Protokolls Nr. 26 über Dienste von allgemeinem Interesse sowie um eine Gemeinwohlaufgabe im Sinne der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes.</p> <p>Die Kooperationspartner sind sich bewusst, dass es sich bei der Kooperation um eine Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung einer ihnen allen obliegenden öffentlichen Aufgabe - der Abfallentsorgung - handelt, vgl. Richtlinien 92/50 und 2014/24/EU. Die Kooperationspartner beachten bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe das Ziel des Erreichens eines hohen Umweltschutzniveaus. Sie sorgen für eine verantwortungsvolle Verwertung der Abfälle und treffen Maßnahmen, um das Entstehen von Abfällen zu begrenzen, insbesondere durch die Förderung sauberer Technologien und wiederverwendbarer Erzeugnisse, vgl. Richtlinie 75/442/EWG des Rates vom 15.07.1975 betreffend Abfallstoffe (ABl. L 194, S. 39), sowie Richtlinie 91/156/EWG des Rates vom 18.03.1991 (Abl. L 78, S. 32).</p>

e.	<p>Doel van deze overeenkomst is realisatie van een op de publiekrechtelijke doelstellingen van de Duitse wet op de kringlooeconomie (KrWG) afgestemde, kostenbesparende, kwalitatief (waaronder medebegrepen milieudoelstellingen) hoogwaardige, gebiedsomvattende en grensoverschrijdende afvalverwerking, waarborging van langdurige zekerheid op het gebied van afvalverwerking, en stabiliteit van de tarieven in de gebieden van de betrokken publiekrechtelijke organen die verantwoordelijk zijn voor de afvalverwerking, zulks ter waarborging van met name de energetische verwerking van voorgesorteerd huishoudelijk afval, dat afkomstig is van en is aangeboden door particuliere huishoudens op het grondgebied van zowel de Duitse Samenwerkingspartner als de Nederlandse gemeenten.</p>	<p>Ziel dieser Vereinbarung ist eine an den öffentlich-rechtlichen Zielen des KrWG orientierte, kostengünstige, qualitativ (auch im Hinblick auf Umweltziele) hochwertige, flächendeckende und grenzüberschreitende Entsorgung, die Gewährleistung einer langfristigen Entsorgungssicherheit sowie Gebührenstabilität in den Gebieten der beteiligten öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zur Sicherstellung insbesondere der energetischen Verwertung der vorsortierten Siedlungsabfälle, der sowohl in dem Gebiet der Stadt Münster, als auch in den Gebieten der niederländischen Kooperationspartner angefallenen und überlassenen Abfälle aus privaten Haushaltungen.</p>
f.	<p>Samenwerkingspartners beseffen dat het om openbare diensten gaat, van publiekrechtelijke opdrachtgevers die allen op het gebied van verwerking van huishoudelijk afval dezelfde publieke taken hebben te verrichten, en uitsluitend in verband met overwegingen in verband met het openbaar belang, met het oog op de verwezenlijking van hun gemeenschappelijke doelstellingen een grensoverschrijdende samenwerking wensen te starten ter optimale invulling en uitvoering van hun wettelijke taken. Daarmee wordt de taakbeartiging door overwegingen in het kader van het publieke belang gedreven.</p> <p>In dit verband willen de Duitse Samenwerkingspartner en de Nederlandse Samenwerkingspartners als eerste stap een intergemeentelijke, grensoverschrijdende samenwerking op basis van een coöperatief concept aangaan, waarbij het de intentie van Samenwerkingspartners is om dit coöperatieve concept stapsgewijs uit te breiden.</p>	<p>Die Kooperationspartner sind sich bewusst, dass es sich bei den von ihnen als öffentliche Auftraggeber zu erbringenden Aufgaben der kommunalen Abfallentsorgung um öffentliche Dienstleistungen handelt. Diese werden im Hinblick auf die Erreichung des den Kooperationspartnern gemeinsamen Ziels, nämlich die ihnen obliegenden hoheitlichen Aufgaben der Abfallentsorgung als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger durch die grenzüberschreitende Kooperation zu optimieren, ausgeführt. Insofern wird die Aufgabenwahrnehmung durch Überlegungen im Zusammenhang mit dem öffentlichen Interesse bestimmt.</p> <p>Zu diesem Zweck möchte die deutsche Kooperationspartnerin in einem ersten Schritt mit den niederländischen Kooperationspartnern eine interkommunale, grenzüberschreitende Kooperation auf Grundlage eines kooperativen Konzeptes durchführen, mit der Absicht diese Kooperation stufenweise auszubauen.</p>
g	<p>Daarbij zullen bepaalde publieke taken gezamenlijk worden uitgevoerd, waarbij de ene samenwerkingspartner in plaats van de andere samenwerkingspartner als overheidsinstantie taken zal uitvoeren in zijn naam en volgens zijn instructies, met inachtneming van het nationale recht van de overheidsinstanties. Op deze wijze verplichten de Samenwerkingspartners zich over en weer tot het uitvoeren van publieke taken voor de andere samenwerkingspartner.</p>	<p>Dazu wird eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung erfolgen, bei der beide Kooperationspartner jeweils an Stelle des anderen Kooperationspartners als öffentliche Stellen Aufgaben in deren Namen und nach deren Weisung unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts der jeweils weisungsbefugten öffentlichen Stelle wahrnehmen. Damit verpflichten sich die Kooperationspartner öffentliche Aufgaben für den jeweils anderen durchzuführen.</p>
h	<p>Door het sluiten van deze publiekrechtelijke overeenkomst wordt derhalve stapsgewijs</p>	<p>Mit dem Abschluss dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung wird somit</p>

	<p>een afvalverwerkingsverbond opgebouwd met wederzijdse rechten en verplichtingen van de desbetreffende publiekrechtelijke organen die verantwoordelijk zijn voor de afvalverwerking, dat verder gaat dan slechts een opdrachtverleningsrelatie.</p>	<p>stufenweise ein Entsorgungsverbund mit gegenseitigen Rechten und Pflichten der jeweiligen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, der über ein bloßes Austauschverhältnis hinausgeht, aufgebaut.</p>
i	<p>Daarbij zullen taken op het gebied van afvalbeheer op basis van een coöperatief concept door de Samenwerkingspartners gezamenlijk worden uitgevoerd. De Samenwerkingspartners zullen bij het uitvoeren van hun taken primair gebruikmaken van hun eigen installaties en inrichtingen voor waarborging van de zekerheid op het gebied van afvalverwerking op de lange termijn.</p>	<p>Damit wird eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung der Kooperationspartner auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft auf Grundlage eines kooperativen Konzeptes erfolgen. Die Kooperationspartner nutzen zur Erfüllung ihrer Aufgaben vorrangig ihre Anlagen und Einrichtungen zur langfristigen Gewährleistung der Entsorgungssicherheit.</p>
j	<p>De Nederlandse Samenwerkingspartners zijn gerechtigd om voor het nakomen van de verplichtingen die zij in het kader van deze intergemeentelijke samenwerking op zich hebben genomen gebruik te maken van de installaties en inrichtingen die (in)direct eigendom zijn van Twence Holding B.V. voor zover verenigbaar met Richtlijn 2014/24/EU, waarvan zij aandeelhouder zijn. Twence Holding B.V. is een intergemeentelijk samenwerkingsverband op het gebied van afvalbeheer in Nederland. De opname van Twence Holding B.V. is onderdeel van het installatie- en afvalverwerkingsverbond en derhalve bestanddeel van het coöperatieve concept inzake het gezamenlijk uitvoeren van taken. De Duitse Samenwerkingspartner heeft de intentie om aandeelhouder te worden van Twence Holding B.V., waartoe de Nederlandse gemeenten verklaren in beginsel open te staan, een en ander voor zover daarvoor de juridische basis voor de Duitse Samenwerkingspartner is gecreëerd.</p>	<p>Die niederländischen Kooperationspartner sind als Gesellschafter der Twence Holding B.V. berechtigt, sich zur Erfüllung ihrer im Rahmen dieser interkommunalen Kooperation übernommenen Verpflichtungen der Anlagen und Einrichtungen, die direkt oder indirekt im Eigentum der Twence Holding B.V., stehen, zu bedienen, vorausgesetzt dies ist vereinbar mit Richtlinie 2014/24/EU. Die Twence Holding B.V. stellt eine interkommunale Kooperation auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft in den Niederlanden dar. Die Einbindung der Twence Holding B.V. ist Bestandteil des Anlagen- und Entsorgungsverbundes und somit Bestandteil des kooperativen Konzeptes zur gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung. Die deutsche Kooperationspartnerin beabsichtigt perspektivisch Gesellschafterin der Twence Holding B.V. zu werden, wozu sich die niederländischen Kooperationspartner im Grundsatz bereit erklären, sofern die rechtlichen Grundlagen für die deutsche Kooperationspartnerin geschaffen werden.</p>
k	<p>Samenwerkingspartners beogen met deze overeenkomst een publiek-publieke samenwerking aan te gaan als bedoeld in artikel 12 van Richtlijn 2014/24/EU.</p>	<p>Die Kooperationspartner beabsichtigen mit dieser Vereinbarung eine öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit gemäß Artikel 12 Abs. 4 Richtlinie 2014/24/EU zu gründen.</p>
l.	<p>Op grond van § 5 lid 7 van de afvalwet van de Duitse deelstaat Noordrijn-Westfalen (LAbfG NRW) kunnen districten, steden die niet onder een district vallen en gemeenten bij de uitvoering van hun taken gebruikmaken van de vormen van gemeentelijke samenwerking die zijn vastgelegd in het GkG NRW.</p>	<p>Gemäß § 5 Abs. 7 LAbfG NRW können sich Kreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden zur Erfüllung ihrer Aufgaben der Formen kommunaler Zusammenarbeit nach den Vorschriften des GkG NRW bedienen.</p>
m.	<p>Artikel 6 lid 2 eerste volzin van het Verdrag tussen de Duitse deelstaat Noordrijn-Westfalen, de Duitse deelstaat Nedersaksen, de Bondsrepubliek Duitsland en het</p>	<p>Art. 6 Abs. 2 Satz 1 des Abkommens zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, dem Land Niedersachsen, der Bundesrepublik Deutschland und dem</p>

	<p>Koninkrijk der Nederlanden inzake grensoverschrijdende samenwerking tussen territoriale gemeenschappen of autoriteiten (Verdrag van Anholt) biedt de mogelijkheid tot het sluiten van een grensoverschrijdende publiekrechtelijke overeenkomst tussen autoriteiten, waarbij mandaat wordt verleend.</p>	<p>Königreich der Niederlande über grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und anderen Stellen (Vertrag von Anholt) ermöglicht eine grenzüberschreitende mandatierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen öffentlichen Stellen.</p>
n.	<p>De Samenwerkingspartners zijn verheugd over deze Nederlands-Duitse samenwerking als maatregel tot verdere versterking en ontwikkeling van de burenerelaties tussen gemeenten aan beide zijden van de grens en tot verder nut van de burgers aan beide zijden van de grens, en willen van de mogelijkheid tot grensoverschrijdende intergemeentelijke samenwerking gebruikmaken om de economische, maatschappelijk verantwoorde en doelmatige uitvoering van hun taken door middel van grensoverschrijdende samenwerking te bevorderen.</p> <p>Deze grensoverschrijdende samenwerking op het gebied van afvalbeheer is tevens een samenwerking in de zin van de EUREGIO (artikel 4 lid 7 sub q van de statuten van de EUREGIO), waarvan ook de partijen lid zijn.</p> <p>Het gaat bij de samenwerking om een grensoverschrijdende samenwerking, die overeenstemt met gemeentelijke en overeenstemt met economisch-rechtelijke doelstellingen van gemeenten en landspolitieke doelen en aan de implementatie daarvan bijdraagt.</p> <p>Zo streeft de regering van Noordrijn-Westfalen naar toegroei van Nederland, België, Luxemburg en Noordrijn-Westfalen tot een gemeenschappelijke noordwest Europese ruimte qua economie, milieu, wetenschap en cultuur, opdat de kansen en het potentieel van de centrale ligging, de grote economische kracht, het hoge opleidingsniveau en de bevolkingsdichtheid worden gebruikt om welvaren en werkgelegenheid te bevorderen, net als verbetering van de levensomstandigheden van de aldaar wonende burgers.</p> <p>Daartoe dienen onder andere de nog bij de grenzen bestaande belemmeringen op het gebied van natuur- en milieubescherming verder worden afgebouwd. Noordrijn-Westfalen wil de kansen en het potentieel, die zich in een kleiner verband, op verschillende niveaus van samenwerking met de buurlanden onder andere op het gebied van milieu voordoen, beter benutten en voor de burgers bruikbaar maken.</p> <p>Deze doelen worden door onderhavige grensoverschrijdende samenwerking ondersteund.</p>	<p>Die Kooperationspartner begrüßen diese niederländisch-deutsche Kooperation als eine weitere Maßnahme zur Festigung und Entwicklung der nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Kommunen auf beiden Seiten der Grenze und zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger beiderseits der Grenze und wollen von der Möglichkeit der grenzüberschreitenden interkommunalen Kooperation Gebrauch machen, um eine wirtschaftliche, gesellschaftlich bewusste und zweckmäßige Erfüllung ihrer Aufgaben im Wege der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu fördern.</p> <p>Diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft ist auch eine Zusammenarbeit im Sinne der EUREGIO (Artikel 4 Abs. 7 q der Satzung der EUREGIO), zu deren Mitgliedern auch die Vertragsparteien gehören.</p> <p>Es handelt sich bei der Kooperation um eine grenzüberschreitende Kooperation, die gemeindefortschaftlichen und landespolitischen Zielen entspricht und zur Umsetzung dieser beiträgt.</p> <p>So verfolgt die Landesregierung Nordrhein-Westfalen das Ziel des Zusammenwachsens der Niederlande, Belgien, Luxemburg und Nordrhein-Westfalen zu einem gemeinsamen Wirtschafts-, Umwelt-, Wissens- und Kulturraum Nordwesteuropas, damit die Chancen und Potenziale der zentralen Lage, der hohen Wirtschaftskraft, des hohen Bildungsstandes und der Bevölkerungsdichte dazu genutzt werden, Wohlstand und Beschäftigung zu steigern sowie die Lebensbedingungen der dort lebenden Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.</p> <p>Dazu sollen unter anderem die noch bestehenden Hindernisse an den Grenzen im Natur- und Umweltschutz weiter abgebaut werden. Nordrhein-Westfalen will die Chancen und Potenziale, die sich aus einer engeren, auch arbeitsteiligen Kooperation mit den Nachbarländern unter anderem in dem Bereich Umwelt ergeben, besser ausschöpfen und für die Bürgerinnen und Bürger nutzbar machen. Diese Ziele werden durch die vorliegende grenzüberschreitende Kooperation unterstützt.</p>
o	<p>Samenwerkingspartijen staan, steeds onder voorbehoud van de vereiste goedkeuring van</p>	<p>Die Kooperationspartner stehen dem Beitritt weiterer öffentlich-rechtlicher</p>

	de als toezichthouder aangewezen districtsregering Münster, open voor toetreding van nieuwe partijen bij deze overeenkomst, mits die tevens publiekrechtelijke organisiaties zijn die ook beheer van huishoudelijk afval tot publiekrechtelijk taak hebben en zich kunnen verenigen met hetgeen in deze overeenkomst is bepaald.	Entsorgungsträger als Kooperationspartner dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur gemeinsamen Erfüllung der ihnen allen obliegenden hoheitlichen Aufgabe der kommunalen Abfallentsorgung, vorbehaltlich der jeweils erforderlichen Genehmigung der als Aufsichtsbehörde bestimmten Bezirksregierung Münster, offen gegenüber.
p.	Vanaf 1 januari 2019 wensen de Samenwerkingspartners hun afvalverwerkingstaak, die geldt als opdracht van algemeen belang waarvoor zij verantwoordelijk zijn, gezamenlijk uit te voeren.	Ab dem 1. Januar 2019 wollen die beiden Kooperationspartner die ihnen obliegende Gemeinwohlaufgabe der Abfallentsorgung gemeinsam wahrnehmen.
q.	Het bovenstaande in aanmerking nemende, sluiten de Samenwerkingspartners de volgende publiekrechtelijke overeenkomst:	Dies vorausgeschickt, schließen die Kooperationspartner folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung:
Artikelen Artikeln	§ 1 Gezamenlijke uitvoering van afvalverwerkingstaken	§ 1 Gemeinsame Wahrnehmung der Aufgabe der Abfallentsorgung
	(1) De Duitse Samenwerkingspartner en de Nederlandse Samenwerkingspartners zullen samenwerken bij de goede vervulling van de in § 2 vastgelegde afvalverwerkingstaken conform § 17 en § 20 KrWG, § 5 LAbfG, en in artikel 10.14 en 10.21 Wmb en artikel 4.9 Wm Milieuplan (van de provincie Overijssel). Details met betrekking tot de concrete invulling van de afzonderlijke taken worden vastgelegd in een nog op te stellen uitvoerings- en kostenvergoedingsovereenkomst.	(1) Die deutsche Kooperationspartnerin und die niederländischen Kooperationspartner nehmen die in § 2 genannten Aufgaben der Abfallentsorgung gemäß §§ 17, 20 KrWG, § 5 LAbfG, und in Art. 10.14 und 10.21 Wmb und Art. 4.9 Wm Umweltplan (der Provinz Overijssel) gemeinsam wahr. Einzelheiten über die konkrete Ausgestaltung der einzelnen Aufgaben ergeben sich aus einer noch zu erstellenden Durchführungs- und Kostenentschädigungsvereinbarung.
	(2) De gezamenlijke uitvoering van taken wordt zo ingericht, dat de ene Samenwerkingspartner in plaats van de andere Samenwerkingspartner als overheidsinstantie taken zal uitvoeren in zijn naam en volgens zijn instructies, met inachtneming van het nationale publieke recht van de overheidsinstantie. Op deze wijze verplichten de Samenwerkingspartners zich tot het uitvoeren van taken voor de andere Samenwerkingspartner(s). De rechten en plichten van de desbetreffende voor de uitvoering van de taken verantwoordelijke instantie gelden onverminderd, artikel 6 lid 2 eerste volzin van het Verdrag van Anholt, § 23 lid 1 tweede alternatief, lid 2 tweede volzin GkG NRW.	(2) Die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung erfolgt dergestalt, dass die Kooperationspartner jeweils an Stelle der anderen Kooperationspartner als öffentliche Stellen Aufgaben in deren Namen und nach deren Weisung unter Beachtung des innerstaatlichen öffentlichen Rechts der jeweils weisungsbefugten öffentlichen Stelle wahrnehmen. Damit verpflichten sich die Kooperationspartner Aufgaben für den jeweils anderen durchzuführen. Die Rechte und Pflichten als Träger der Aufgabe bleiben davon unberührt, Art. 6 Abs. 2 S. 1 des Vertrages von Anholt, § 23 Abs. 1, 2. Alt, Abs. 2 S. 2 GkG NRW.
	(3) Verder zullen partijen elkaar over en weer in noodgevallen logistiek en personeel ter beschikking stellen, om een geordende afvalverwerking in de desbetreffende territoriale gemeenschappen conform de	(3) Darüber hinaus stellen die Parteien sich gegenseitig in Notfallsituationen Logistik und Personal zur Verfügung, um eine geordnete Abfallentsorgung in den jeweiligen Gebietskörperschaften gemäß

	wettelijke Eisen te waarborgen (afvalverwerkingsverbond).	den gesetzlichen Anforderungen sicherzustellen (Entsorgungsverbund).
	§ 2 Invulling van de gezamenlijke uitvoering van taken	§ 2 Ausgestaltung der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung
	(1) De gezamenlijke uitvoering van taken als bedoeld in § 1 wordt zo ingevuld, dat de verplichtingen voor Samenwerkingspartners wederzijds gelden. De wederzijdse invulling vindt plaats volgens de in lid 2 en 3 vastgelegde regelingen.	(1) Die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung gemäß § 1 erfolgt dergestalt, dass die Verpflichtungen für die Kooperationspartner wechselseitig bestehen. Die wechselseitige Ausgestaltung erfolgt nach den Regelungen der Absätze 2 und 3.
	(2) In het kader van de gezamenlijke uitvoering van taken worden door de Nederlandse Samenwerkingspartners in naam en volgens de instructies van de Duitse Samenwerkingspartner, met inachtneming van het nationale (Duitse) publieke recht, onder meer de volgende taken uitgevoerd voor de Duitse Samenwerkingspartner: <ul style="list-style-type: none"> • Energetische verwerking van de resten van het voorgesorteerde afval van de restafvalverwerkingsinstallatie (MRA) dat afkomstig is van en is aangeboden door de Duitse Samenwerkingspartner. <p>Ten behoeve van een efficiënte uitvoering hebben de Nederlandse Samenwerkingspartners de bevoegdheid om uit hun midden één of meerdere vertegenwoordigers te benoemen die ook namens de andere Nederlandse Samenwerkingspartners bevoegd is om de in dit lid bedoelde taken uit te voeren.</p>	(2) Im Rahmen der gemeinsamen Ausführung der Aufgaben nehmen die niederländischen Kooperationspartner im Namen und nach Weisung der deutschen Kooperationspartnerin unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts, folgende Aufgaben für die deutsche Kooperationspartnerin wahr: <ul style="list-style-type: none"> • die Aufgabe der energetischen Verwertung der Reste aus der Vorsortierung der Restabfallbehandlungsanlage (MRA) der bei der deutschen Kooperationspartnerin angefallenen und überlassenen Abfälle. <p>Zugunsten einer effizienten Ausführung sind die niederländischen Kooperationspartner berechtigt, aus ihrer Mitte einen oder mehrere Vertreter zu benennen, der auch im Namen der anderen niederländischen Kooperationspartner die Aufgaben im Sinne dieses Absatzes berechtigt ausführt.</p>
	(3) In het kader van de gezamenlijke uitvoering van taken worden door Duitse Samenwerkingspartner in naam en volgens de instructies van de Nederlandse Samenwerkingspartners, met inachtneming van het nationale recht van de Nederlandse Samenwerkingspartners, onder meer de volgende taken uitgevoerd voor de Nederlandse Samenwerkingspartners: <ul style="list-style-type: none"> • Aandragen van gedachten bij het opstellen van een concept ten aanzien van de duurzaamheid van de afvalverwerking samen met Nederlandse Samenwerkingspartners en Twence Holding B.V. in de zin van deze overeenkomst; • overdracht van uitgewisselde informatie en ervaringen in Duitse en Europese vakcommissies waarvan de Duitse Samenwerkingspartner, vertegenwoordigd door AWM, lid is; 	(3) Im Rahmen der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung nimmt die deutsche Kooperationspartnerin für die niederländischen Kooperationspartner im Namen und nach Weisung der niederländischen Kooperationspartner unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts der niederländischen Kooperationspartner unter anderem folgende Aufgaben wahr: <ul style="list-style-type: none"> • Gemeinsame Entwicklung und Entwurf eines Konzeptes zur Nachhaltigkeit der Abfallentsorgung mit den niederländischen Vertragsparteien und der Twence Holding B.V. im Sinne dieser Vereinbarung, • Transfer des Informations- und Erfahrungsaustauschs in deutschen und europäischen Fachgremien, in denen die deutsche Kooperationspartnerin, vertreten durch die AWM, Mitglied ist,

	<ul style="list-style-type: none"> • verwerking van GFT afval dat afkomstig is van en is aangeboden door de Nederlandse Samenwerkingspartners als overheidstaak. <p>Daarnaast kunnen Nederlandse Samenwerkingspartners er (optioneel) voor kiezen om op te dragen aan de Duitse Samenwerkingspartner:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Samenwerkingspartner(s); en/of - sortering en/of verwerking van huishoudelijk restafval dat afkomstig is van en is aangeboden door Nederlandse Samenwerkingspartner(s) - sortering en/of verwerking van grof huishoudelijk restafval dat afkomstig is van en is aangeboden door Nederlandse <p>voor zover passend binnen het kader van de vergunde en voorhanden capaciteit.</p> <p>Ten behoeve van een efficiënte uitvoering hebben de Nederlandse Samenwerkingspartners de bevoegdheid om uit hun midden één of meerdere vertegenwoordigers te benoemen die ook namens de andere Nederlandse Samenwerkingspartners de in dit lid bedoelde taken voor de Duitse Samenwerkingspartner coördineert, waaronder ook (mede) het verlenen van opdrachten aan die vertegenwoordigende Nederlandse Samenwerkingspartner(s) kan vallen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Verwertung der bei den niederländischen Kooperationspartnern angefallenen und überlassenen Bio- und Grünabfälle als hoheitliche Aufgabe, <p>Daneben können die niederländischen Kooperationspartner die deutsche Kooperationspartnerin (optional) mit folgenden Aufgaben beauftragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sortierung und/oder Verwertung des bei den niederländischen Kooperationspartnern angefallenen und überlassenen kommunalen Restabfalls , • Sortierung und/oder Verwertung des bei den niederländischen Kooperationspartnern angefallenen und überlassenen kommunalen Sperrmülls, <p>soweit dies im Rahmen der genehmigten vorhandenen Kapazitäten liegt.</p> <p>Zugunsten einer effizienten Ausführung sind die niederländischen Kooperationspartner berechtigt, aus ihrer Mitte einen oder mehrere Vertreter zu benennen, der auch im Namen der anderen niederländischen Kooperationspartner die Aufgaben im Sinne dieses Absatzes für die deutsche Kooperationspartnerin koordiniert; dies beinhaltet (auch) die Erteilung von Aufträgen an den/die vertretenden niederländischen Kooperationspartner.</p>
	<p>(4) De rechten en plichten van Samenwerkingspartners voor de uitvoering van hun taken als verantwoordelijke autoriteit gelden onverminderd. Naast de taken genoemd in leden 2 en 3 zullen de Samenwerkingspartners periodiek overleggen over ontwikkelingen op het gebied van beheer van huishoudelijk afval teneinde dat gezamenlijk te optimaliseren, waarin onder meer de adviezen van de commissie als bedoeld in § 5 zullen worden betrokken.</p> <p>Daarbij streven Samenwerkingspartners er naar, onder het voorbehoud van toestemming van de gemeentelijke bestuursorganen en bevoegde toezichtsorganen, om, indien dat binnen het kader van de doelstellingen van de samenwerking past, voor elkaar over en weer nog meer dan de in leden 2 en 3 genoemde afvalstromen te verwerken indien deze onder de gemeentelijke verwerkingsverantwoordelijkheid van de Samenwerkingspartners vallen.</p>	<p>(4) Die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien als Träger ihrer Aufgaben bleiben jeweils unberührt. Neben den Aufgaben gemäß Absatz 2 und 3 werden sich die Kooperationspartner periodisch über Entwicklungen im Bereich der Entsorgung kommunalen Abfalls und etwaiger diesbezüglicher Optimierungsmöglichkeiten beratschlagen. Hierzu kann auch der Beirat gemäß § 5 zur Beratung hinzugezogen werden.</p> <p>Die Kooperationspartner streben, vorbehaltlich der Zustimmung der kommunalpolitischen Gremien und der zuständigen Aufsichtsbehörde, im Rahmen der Zielvorgaben dieser Vereinbarung an, weitere als die in Absatz 2 und 3 genannten Abfallströme im Zuge der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung zu verwerten, sofern diese in die kommunale Entsorgungszuständigkeit der Kooperationspartner fallen.</p>

	<p>(5) De Samenwerkingspartners zijn gerechtigd bij het uitvoeren van hun taken gebruik te maken van hun eigen installaties en inrichtingen voor waarborging van de zekerheid op het gebied van afvalverwerking op de lange termijn. Met name zullen de Nederlandse Samenwerkingspartners bij het uitvoeren van hun taken voor de Duitse Samenwerkingspartner gebruikmaken van de installaties van Twence Holding B.V., waarvan zij aandeelhouder zijn.</p>	<p>(5) Die Kooperationspartner sind berechtigt zur Erfüllung ihrer Aufgaben ihre Anlagen und Einrichtungen zur langfristigen Gewährleistung der Entsorgungssicherheit zu nutzen. Insbesondere werden die niederländischen Kooperationspartner bei der Erfüllung ihrer Aufgaben für den deutschen Kooperationspartner die Anlagen der Twence Holding B.V., deren Gesellschafter sie sind, nutzen.</p>
	<p>(6) Naast de gezamenlijke uitvoering van taken conform lid 1 tot en met 3 zullen partijen elkaar over en weer zo nodig logistiek, bijv. voertuigen en personeel, ter beschikking stellen, om een noodsituatie op het gebied van afvalverwerking te voorkomen, en een geordende afvalverwerking in de desbetreffende territoriale gemeenschappen conform de wettelijke eisen te waarborgen.</p>	<p>(6) Über die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung gemäß den Absätzen 1 bis 3 hinaus, stellen sich die Kooperationspartner ebenfalls gegenseitig im Bedarfsfall Logistik, z. B. Fahrzeuge und Personal zur Verfügung, um einen Entsorgungsnotstand zu vermeiden und um eine geordnete Entsorgung entsprechend den gesetzlichen Vorgaben in den jeweiligen Gebietskörperschaften sicherzustellen.</p>
	<p>(7) De gezamenlijke uitvoering van taken omvat niet het recht om de overgenomen afvalverwerkingstaak voor de andere Samenwerkingspartner in een statuut of reglement te regelen, of over te gaan tot legesheffing (bijvoorbeeld op grond van de wet op gemeentelijke belastingen van de Duitse deelstaat Noordrijn-Westfalen [KAG NRW] of de Nederlandse Gemeentewet dan wel daarop gebaseerde verordeningen). Deze bevoegdheden blijven voorbehouden aan de desbetreffende Samenwerkingspartner.</p>	<p>(7) Die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung umfasst nicht das Recht, für den jeweils anderen Kooperationspartner die übernommene Abfallentsorgungsaufgabe durch Satzung zu regeln sowie Gebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes NRW (KAG NRW), des Gemeindegesetzes (nach niederländischem Recht) oder darauf gegründeter Verordnungen zu erheben. Diese Befugnisse verbleiben jeweils bei den Kooperationspartnern.</p>
	<p>§ 3 Uitgangspunten van de gezamenlijke uitvoering van taken</p>	<p>§ 3 Grundsätze der Aufgabenwahrnehmung</p>
	<p>(1) De gezamenlijke uitvoering van taken vindt plaats met inachtneming van de voor de Samenwerkingspartners geldende publiekrechtelijke voorschriften, zoals het KrWG, het LABfG NRW, de afvalverwerkingsreglementen van de stad Münster en de Nederlandse Samenwerkingspartners, het Landelijk Afvalplan (LAP). Samenwerkingspartners zullen elkaar omtrent aard en inhoud van de voor hen toepasselijk publiekrechtelijke voorschriften over en weer informeren. Duits privaatrecht is van toepassing indien en voor zover handelingen en/of gedragingen plaatsvinden op Duits grondgebied. Nederlands privaatrecht is van toepassing indien en voor zover handelingen en/of gedragingen plaatsvinden op Nederlands grondgebied.</p>	<p>(1) Die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung erfolgt nach Maßgabe der für die Kooperationspartner geltenden öffentlich-rechtliche Vorschriften, wie das KrWG, das LABfG NRW, der Satzungen über die Abfallentsorgung der Stadt Münster und der niederländischen Kooperationspartner und dem Abfallplan der Niederlande (LAP). Die Kooperationspartner werden sich gegenseitig über die zutreffenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften informieren. Das deutsche Privatrecht ist anwendbar, wenn und insoweit Handlungen und/oder Verhaltensweisen auf deutschem Staatsgebiet stattfinden. Das niederländische Privatrecht ist anwendbar, wenn und insoweit Handlungen und/oder Verhaltensweise auf niederländischem Staatsgebiet stattfinden.</p>

	(2) Indien de uitvoering van taken als bedoeld in § 2 in de toekomst niet langer in overeenstemming is met de wettelijke bepalingen, zullen partijen op basis van deze publiekrechtelijke overeenkomst in onderling overleg aanpassing daarvan overeenkomen.	(2) Sollte die in § 2 geregelte Aufgabenwahrnehmung zukünftig nicht mehr gesetzlichen Vorgaben entsprechen, werden die Kooperationspartner auf der Grundlage dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung eine einvernehmliche Anpassung vereinbaren.
	§ 4 Vergoeding	§ 4 Entschädigung
	(1) Samenwerkingspartners betalen elkaar voor het uitvoeren van de taken als bedoeld in § 2 lid 2 c.q. § 2 lid 3 over en weer een passende vergoeding, die de kosten die ontstaan in verband met de overname of uitvoering van deze taken dekt, § 23 lid 4 GkG NRW. Overige financiële vergoedingen vinden niet plaats.	(1) Die Kooperationspartner erstatten sich jeweils gegenseitig für die Aufgabenwahrnehmung nach § 2 Abs. 2 bzw. § 2 Abs. 3 eine angemessene Entschädigung, die so zu bemessen ist, dass die durch die Übernahme oder die Durchführung entstehenden Kosten gedeckt werden, § 23 Abs. 4 GkG NRW. Ein darüberhinausgehender finanzieller Transfer erfolgt nicht.
	(2) De verschuldigde vergoeding dient te worden berekend overeenkomstig de beginselen van het recht op heffing van gemeentelijke belastingen, onverminderd het bepaalde in lid 1. Details zijn of worden vastgelegd in een uitvoerings- en kostenvergoedingsovereenkomst.	(2) Die jeweils zu leistende Entschädigung ist unbeschadet Absatz 1 nach kommunalabgabenrechtlichen Grundsätzen zu kalkulieren. Einzelheiten werden sich aus einer Durchführungs- und Kostenentschädigungsvereinbarung ergeben.
	(3) Voor zover de andere Samenwerkingspartner in het kader van de calculatie van leges geen rekening kan houden met in rekening gebrachte vergoedingen, zullen partijen onderhandelen over een nieuwe opzet van de vergoedingen, om te komen tot een wijze van betaling waarmee in het kader van het recht op heffing van gemeentelijke belastingen wel rekening kan worden gehouden.	(3) Soweit die jeweils berechneten Entschädigungen im Rahmen der Gebührenkalkulation der jeweils anderen Kooperationspartner nicht berücksichtigt werden können, werden die Kooperationspartner über eine neue Gestaltung der Entschädigung mit dem Ziel einer kommunalabgabenrechtlichen ansatzfähigen Erstattung verhandeln.
	§ 5 Intergemeentelijke adviescommissie	§ 5 Interkommunaler Beirat
	Ten behoeve van afstemming van de milieuvriendelijke en duurzame uitvoering van de taken alsmede de verdere ontwikkeling van een duurzame organisatie en een grensoverschrijdend milieubeleid richten de Samenwerkingspartners een adviescommissie op, die een alleen voorbereidende en adviserende functie voor de Samenwerkingspartners heeft. De samenstelling van de adviescommissie wordt door de samenwerkingspartners nader overeengekomen. De adviescommissie kiest uit haar midden een voorzitter.	Zur Abstimmung der umweltverträglichen und nachhaltigen Aufgabenerfüllung sowie zur Weiterentwicklung einer nachhaltigen Organisation und grenzüberschreitenden Umweltpolitik errichten die Kooperationspartner einen Beirat, der ausschließlich vorbereitende und beratende Funktion gegenüber den Kooperationspartnern hat. Die Zusammensetzung des Beirats wird im Einzelnen durch die Kooperationspartner vereinbart. Der Beirat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden / die Vorsitzende.

	§ 6 Aansprakelijkheid	§ 6 Haftung
	(1) De Samenwerkingspartners zijn op grond van deze overeenkomst en de wetgeving uitsluitend in geval van eigen opzet en grove nalatigheid jegens elkaar aansprakelijk. Er is geen sprake van hoofdelijke aansprakelijkheid. De aansprakelijkheidsbeperkingen gelden ook ten gunste van de respectieve wettelijke vertegenwoordigers, werknemers en hulpkrachten van een partij.	(1) Die Kooperationspartner haften einander aus dieser Vereinbarung und Gesetz für eigenes schuldhaftes Verhalten nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Eine gesamtschuldnerische Haftung ist ausgeschlossen. Die Haftungsbeschränkungen gelten auch zugunsten der jeweiligen gesetzlichen Vertreter, Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen eines Kooperationspartners.
	(2) Aanspraken op grond van winstderving zijn uitgesloten.	(2) Ansprüche aus entgangenem Gewinn sind ausgeschlossen.
	<p>(3) In verband met het bepaalde in artikel 6 lid 3 van het Verdrag van Anholt komen de Samenwerkingspartners het volgende overeen:</p> <p>Indien een samenwerkingspartner vanwege handelingen van een andere samenwerkingspartner of een door deze andere samenwerkingspartner ingeschakelde derde ten opzichte van derden onherroepelijk verplicht is om tot vergoeding van schade over te gaan, heeft de betreffende samenwerkingspartner een regressaanspraak ten opzichte van de andere samenwerkingspartner.</p> <p>(4) De samenwerkingspartners verplichten zich de ter afdekking van hun contractuele en wettelijke aansprakelijkheid gewenste respectievelijk verplichte verzekeringen voor zaak- en personenschade af te sluiten en gedurende de gehele looptijd te handhaven. Samenwerkingspartner(s) komen overeen, dat zij in overleg zullen treden over de af te sluiten verzekeringen, waaronder in ieder geval begrepen transportverzekeringen. Reeds afgesloten verzekeringen, zoals bijvoorbeeld de dekking van de Duitse Samenwerkingspartner voor schade van derden op grond van haar lidmaatschap van het KSA, worden daarbij betrokken. De Samenwerkingspartners dienen er zorg voor te dragen, dat de door hen in te schakelen werknemers en hulpkrachten de verplichte verzekeringen ter afdekking van hun contractuele en wettelijke aansprakelijkheid op vergelijkbare wijze afsluiten.</p>	<p>(3) Im Hinblick auf Artikel 6 Abs. 3 des Anholter Abkommens vereinbaren die Kooperationspartner folgendes:</p> <p>Sollte einer der Kooperationspartner aufgrund von Handlungen eines anderen Kooperationspartners bzw. der von dem anderen Kooperationspartner beauftragten Dritten Anderen gegenüber zum Schadensersatz unwiderruflich verpflichtet sein, so steht dem betroffenen Kooperationspartner ein Regressanspruch gegen den anderen Kooperationspartner zu.</p> <p>(4) Die Kooperationspartner verpflichten sich die zur Abdeckung ihrer vertraglichen oder gesetzlichen Haftung erwünschten oder erforderlichen Versicherungen für Sach- und Personenschäden abzuschließen und über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten. Die Kooperationspartner vereinbaren, sich hinsichtlich der abzuschließenden Versicherungen, wozu insbesondere Transportversicherungen zählen, abzustimmen. Bereits abgeschlossen Versicherungen, wie zum Beispiel die Deckung der Haftung der deutschen Kooperationspartnerin für Schäden gegenüber Dritten durch ihre Mitgliedschaft im KSA, werden dabei berücksichtigt. Die Kooperationspartner haben dafür Sorge zu tragen, dass die von ihnen eingeschalteten Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen die erforderlichen Versicherungen zur Abdeckung ihrer vertraglichen und gesetzlichen Haftung in gleicher Weise abschließen.</p>

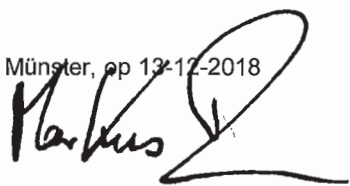
	§ 7 Looptijd, recht op opzegging	§ 7 Laufzeit, Kündigungsrecht
	(1) De overeenkomst wordt allereerst gesloten voor de duur van 10 jaar en wordt telkens, tenzij tijdig opzegging plaatsvindt, voor 2 jaar verlengd.	(1) Die Vereinbarung wird zunächst für die Dauer von 10 Jahren geschlossen und verlängert sich jedes Mal für die Dauer weiterer 2 Jahre, wenn sie nicht fristgemäß gekündigt wird.
	(2) Iedere Samenwerkingspartner kan deze overeenkomst met inachtneming van een opzegtermijn van 12 maanden per 31 december van een jaar, voor de eerste maal per 31-12-2028, per aangetekende brief tegenover de andere partijen opzeggen. Opzegging door een Samenwerkingspartner laat de geldigheid van deze overeenkomst voor andere Samenwerkingspartners onverlet. Op grond van § 24 lid 5 GkG NRW dient de tot toezichthoudende instantie benoemde districtsregering Münster van de opzegging/beëindiging van deze overeenkomst in kennis te worden gesteld.	(2) Jeder Kooperationspartner kann diese Vereinbarung mit einer Frist von 12 Monaten zum 31.12. eines Jahres, erstmals zum 31.12.2028 durch Brief per Einschreiben gegenüber den anderen Vertragsparteien kündigen. Die Kündigung eines Kooperationspartners lässt die Gültigkeit dieser Vereinbarung für die anderen Kooperationspartner unberührt. Die Kündigung/Aufhebung der Vereinbarung ist gemäß § 24 Abs. 5 GkG NRW der als Aufsichtsbehörde bestimmten Bezirksregierung Münster anzuzeigen.
	(3) Het recht op buitengewone opzegging om een gewichtige reden geldt onverminderd.	(3) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
	(4) Indien en zodra een Nederlandse Samenwerkingspartner niet langer (direct of indirect) aandeelhouder is van Twence Holding B.V.: - bestaat voor de overige Samenwerkingspartners het recht om deze overeenkomst jegens die betreffende Nederlandse Samenwerkingspartner onmiddellijk op te zeggen. De samenwerkingsovereenkomst wordt dan, onder voorbehoud van goedkeuring van de als toezichthouder aangewezen districtsregering Münster, aan de nieuwe omstandigheden aangepast; en - heeft de betreffende Nederlandse Samenwerkingspartner het recht deze overeenkomst op te zeggen tegen de datum dat deze zijn aandeelhouderschap verliest, per aangetekende brief tegenover de andere partijen.	(4) Falls und sobald ein niederländischer Kooperationspartner unmittelbar oder mittelbar keine Gesellschaftsanteile mehr an der Twence Holding B.V. besitzt: - besteht für die verbleibenden Kooperationspartner ein Kündigungsrecht gegenüber dem betreffenden niederländischen Kooperationspartner. Die Kooperationsvereinbarung wird insofern, vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde Bezirksregierung Münster an die neuen Gegebenheiten angepasst - ist der betreffende niederländische Kooperationspartner zu dem Zeitpunkt, an dem er seine Gesellschaftsanteile abgibt, berechtigt, die vorliegende Vereinbarung durch eingeschriebenen Brief an die anderen Vertragsparteien zu kündigen.
	(5) Voor het geval de Duitse Samenwerkingspartner (direct of indirect) aandeelhouder mocht worden van Twence Holding B.V., treden Samenwerkingspartners in overleg of en in hoeverre dergelijk aandeelhouderschap tot aanpassing van deze overeenkomst dient te leiden.	(5) Falls die deutsche Kooperationspartnerin unmittelbare oder mittelbare Gesellschafterin der Twence Holding B.V. wird, werden die Kooperationspartner beratschlagen, ob und inwieweit dies eine Anpassung dieser Kooperationsvereinbarung erfordert.
	(6) Na beëindiging van deze overeenkomst zullen partijen hun afvalverwerkingstaken bedoeld in § 2 weer zelf uitvoeren.	(6) Mit Beendigung der Vereinbarung nehmen die Vertragsparteien ihre Aufgabe der Abfallentsorgung gemäß § 2 wieder in alleiniger Verantwortung wahr.

	§ 8 Goedkeuring	§ 8 Genehmigung
	(1) Op grond van § 24 lid 2 GkG NRW dient de overeenkomst te worden goedgekeurd door de op grond van § 29 lid 4 GkG NRW tot toezichthoudende instantie benoemde districtsregering Münster.	(1) Die Vereinbarung bedarf nach § 24 Abs. 2 GkG NRW der Genehmigung der nach § 29 Abs. 4 GkG NRW als Aufsichtsbehörde bestimmten Bezirksregierung Münster.
	(2) Om deze goedkeuring wordt door partijen gezamenlijk verzocht.	(2) Sie wird von den Parteien gemeinsam beantragt.
	(3) Op grond van § 24 lid 2 GkG NRW geldt de goedkeuring als verleend, indien de toezichthoudende instantie niet binnen vier weken na ontvangst van het verzoek om goedkeuring meedeelt dat de goedkeuring wordt geweigerd of alleen na wijziging van de overeenkomst wordt verleend, en vervolgens niet binnen vier weken een afspraak maakt met betrokkenen om zulks te bespreken.	(3) Nach § 24 Abs. 2 GkG NRW gilt die Genehmigung als erteilt, wenn die Aufsichtsbehörde nicht innerhalb von vier Wochen nach Eingang des Genehmigungsantrags mitteilt, dass sie die Genehmigung versagen oder nur nach Änderung der Vereinbarung erteilen will und nicht innerhalb weiterer vier Wochen einen Termin mit den Beteiligten anberaumt, um dies zu erörtern.
	§ 9 Inwerkingtreding	§ 9 Inkrafttreten
	(1) Deze overeenkomst en de verleende goedkeuring worden conform § 24 lid 3 GkG NRW door de toezichthoudende instantie gepubliceerd in het publicatieblad van het district Münster en in de digitale publicatiebladen van de Samenwerkingspartners. De Samenwerkingspartners hebben elkaar over en weer gewezen op de eisen die zijn vastgelegd in artikel 8 lid 1 van het Verdrag van Anholt, en dienen elkaar over en weer te wijzen op eventuele wijzigingen daarin.	(1) Die Veröffentlichung dieser Zweckvereinbarung und der Genehmigung erfolgt nach § 24 Abs. 3 GkG NRW durch die Aufsichtsbehörde im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Münster und in den digitalen Amtsblättern der Kooperationspartner. Die Kooperationspartner haben sich gegenseitig auf die Erfordernisse des Art. 8 Abs. 1 des Vertrages von Anholt hingewiesen und auf etwaige diesbezügliche Änderungen hinzuweisen.
	(2) Deze publiekrechtelijke overeenkomst wordt één dag na bekendmaking in het publicatieblad van het district Münster van kracht, niet eerder dan op 01-01-2019.	(2) Diese öffentlich-rechtliche Vereinbarung wird am Tage nach der Bekanntgabe im Veröffentlichungsblatt für den Regierungsbezirk Münster, frühestens zum 01.01.2019, wirksam.
	§ 10 Bescherming van gegevens	§ 10 Datenschutz
	Indien in het kader van de uitvoering van deze overeenkomst beschermde gegevens ter beschikking worden gesteld, zijn de Samenwerkingspartners verplicht deze gegevens vertrouwelijk te behandelen, zulks met inachtneming van de wettelijke bepalingen inzake gegevensbescherming.	Werden im Rahmen der Vertragserfüllung geschützte Daten überlassen, so sind die Kooperationspartner verpflichtet, diese vertraulich unter Beachtung der gesetzlichen Datenschutzbestimmungen zu behandeln.
	§ 11 Gerechtelijke weg in geval van geschillen	§ 11 Rechtsweg bei Streitigkeiten
	(1) In geval van publiekrechtelijke geschillen tussen de Samenwerkingspartners op grond van hun grensoverschrijdende samenwerking dient de gerechtelijke weg te worden bewandeld die geldt op grond van de voorschriften van het land waar de aansprakelijk gestelde partij is gevestigd.	(1) Bei öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten zwischen den Kooperationspartnern aufgrund der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist der Rechtsweg nach den Vorschriften des Vertragsstaats gegeben, in dem der Beklagte seinen Sitz hat.

	(2) De Samenwerkingspartners kunnen een arbitrageovereenkomst sluiten.	(2) Die Kooperationspartner können eine Schiedsvereinbarung treffen.
	(3) In geval van privaatrechtelijke geschillen tussen de Samenwerkingspartners op grond van hun grensoverschrijdende samenwerking is het recht van de aansprakelijk gestelde partij van toepassing en is de rechter bevoegd van het land waar de aansprakelijk gestelde partij is gevestigd.	(3) Bei privatrechtlichen Streitigkeiten zwischen den Kooperationspartnern aufgrund der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist das Recht des Beklagten anwendbar und der Rechtsweg nach den Vorschriften des Vertragsstaats gegeben, in dem der Beklagte seinen Sitz hat.
	§ 12 Slotbepaling	§ 12 Schlussbestimmung
	(1) Mocht een bepaling van deze overeenkomst ongeldig of onuitvoerbaar zijn of worden, dan heeft dit geen gevolgen voor de geldigheid of uitvoerbaarheid van de overige bepalingen van deze overeenkomst.	(1) Sollte eine Bestimmung dieser Klausel unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so berührt dies die Wirksamkeit oder Durchführbarkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht.
	(2) De Samenwerkingspartners verplichten zich ertoe de ongeldige of onuitvoerbare bepaling te vervangen door een geldige of uitvoerbare bepaling die zoveel mogelijk hetzelfde economische en technische resultaat waarborgt.	(2) Die Kooperationspartner verpflichten sich, die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung durch eine wirksame oder durchführbare zu ersetzen, durch welche möglichst der gleiche wirtschaftliche und technische Erfolg sichergestellt wird.
	(3) Indien de economische of juridische omstandigheden of de stand van de techniek c.q. de algemeen erkende regels van de techniek op het gebied van afvalverwerking een zodanige wijziging ondergaan, dat bepalingen van deze overeenkomst niet langer in overeenstemming zijn met de oorspronkelijke wil van betrokkenen, dienen die bepalingen te worden aangepast aan de gewijzigde omstandigheden.	(3) Ändern sich die wirtschaftlichen oder rechtlichen Verhältnisse, der Stand der Technik bzw. die allgemein anerkannten Regeln der Technik auf dem Gebiet der Abfallentsorgung so erheblich, dass Bestimmungen dieser Vereinbarung dem ursprünglichen Willen der Beteiligten nicht mehr entsprechen, so sind die Bestimmungen den veränderten Verhältnissen anzupassen.
	(4) Samenwerkingspartners zullen jegens elkaar geen vorderingen doen gelden vanwege het feit dat deze overeenkomst op grond van vastgestelde ongeldigheid of nietigheid niet kan worden voortgezet.	(4) Die Kooperationspartner werden keine gegenseitigen Forderungen aus dem Grund geltend machen, dass diese Vereinbarung aufgrund einer festgestellten Unwirksamkeit oder Nichtigkeit nicht fortgesetzt werden kann.
	(5) Wijzigingen in en aanvullingen op deze overeenkomst dienen schriftelijk te worden overeengekomen. Hetzelfde geldt voor wijziging van dit vereiste.	(5) Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform. Dasselbe gilt für die Änderung dieser Schriftformklausel.

Münster, op 13-12-2018

Münster, den 13.12.2018



M. Lewe

G.J. Teselink



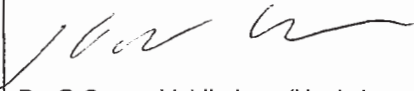
Dr. G.O. van Veldhuizen (Borne)



B. Blokhuis (Dinkelland)



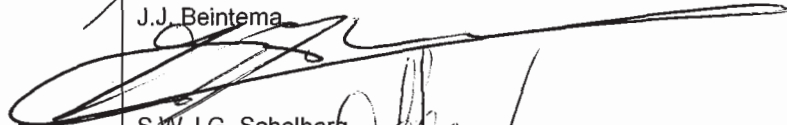
Dr. G.O. van Veldhuizen



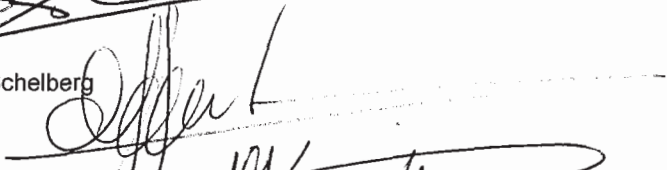
Dr. G.O. van Veldhuizen (Haaksbergen)



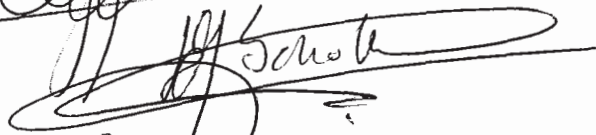
J.J. Beintema



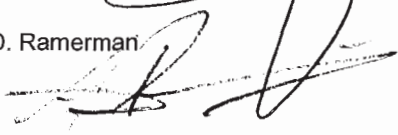
S.W.J.G. Schelberg



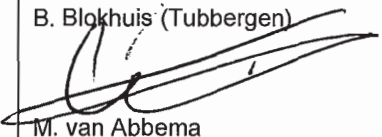
H. Scholten



Dr. J.D. Ramerman



B. Blokhuis (Tubbergen)



M. van Abbema



R. Kortenhoeven



253 Genehmigung und Bekanntmachung einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Steinfurt und der Stadt Ibbenbüren

Die nachfolgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Steinfurt und der Stadt Ibbenbüren zur Übertragung der Behandlung und Verwertung von Alttextilien aus privaten Haushalten für das Stadtgebiet der Stadt Ibbenbüren habe ich mit Verfügung vom heutigen Tage gemäß § 24 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) genehmigt.

Die Vereinbarung und meine Genehmigung werden hiermit gemäß § 24 Abs. 3 GKG NRW bekannt gemacht.

Die Vereinbarung tritt am 01.01.2019 in Kraft.

Münster, den 12. Dezember 2018

Bezirksregierung Münster
Az.: 31.1.25-085/2018.0002
Im Auftrag
Gez. Wellmann

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung
zwischen
der Stadt Ibbenbüren, vertreten durch den Bürgermeister
- nachstehend „Stadt Ibbenbüren“ genannt - und
dem Kreis Steinfurt, vertreten durch den Landrat
- nachfolgend „Kreis Steinfurt“ genannt-

Präambel

Der Kreis Steinfurt und die Stadt Ibbenbüren arbeiten seit Jahren auf interkommunaler Ebene im Bereich der Abfallwirtschaft gut zusammen.

Im Stadtgebiet Ibbenbüren werden die Alttextilien (Abfallschlüssel 20 01 10 und 20 01 11 gemäß Anlage 1 der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis - AVV in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3379), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.07.2017 (BGBl. I S. 2644, 2646)) aus privaten Haushalten im Bringsystem über Sammelcontainer von verschiedenen Drittanbietern eingesammelt.

Nach § 5 LAbfG umfasst die Entsorgungspflicht des Kreises Steinfurt unter anderem die Behandlung und Verwertung von Abfällen aus privaten Haushalten. Hiervon sind auch Alttextilien erfasst, soweit diese nicht von einer gewerblichen oder gemeinnützigen Sammlung im Sinne von §§ 17 und 18 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) erfasst werden.

Der Kreis Steinfurt bzw. die von ihm beauftragte Entsorgungsgesellschaft Steinfurt mbH führen zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Vereinbarung keine eigene Behandlung oder Verwertung von Alttextilien durch. Für die Geltungsdauer dieser Vereinbarung ist die Aufnahme dieser Tätigkeit auch nicht beabsichtigt.

Gemäß § 5 Abs. 6 LAbfG kann der Kreis Steinfurt Entsorgungsaufgaben einvernehmlich schriftlich auf kreisangehörige Kommunen übertragen.

Für die Zeit ab dem 1. Januar 2019 möchten die Vertragspartner eine Vereinbarung in Bezug auf die künftige Behandlung und Verwertung von Alttextilien treffen. Dies ist erforderlich, da die Stadt Ibbenbüren bzw. der für die Einsammlung zuständige öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger (Bau- und Servicebetrieb Ibbenbüren) beabsichtigt, neben der Einsammlung auch die Behandlung und Verwertung von Alttextilien aus privaten Haushalten ab dem 1. Januar 2019 in eigener Zuständigkeit durchzuführen.

Mit Beschluss vom 8. Dezember 2017 hat der Rat der Stadt Ibbenbüren den Bau- und Servicebetrieb Ibbenbüren mit der Sammlung von Altkleidern und Altschuhen im Stadtgebiet von Ibbenbüren beauftragt. Gemäß Ratsbeschluss kann der Bau- und Servicebetrieb Ibbenbüren die Sammlung von Altkleidern und Altschuhen selbstständig durchführen, oder aber diese im Rahmen einer Dienstleistungskonzession an Dritte vergeben. Die Vergabe der Dienstleistungskonzession ist gerade in der Vorbereitung.

Daher schließen der Kreis Steinfurt und die Stadt Ibbenbüren gem. §§ 1 und 23 Abs. 1 Alt. 1, Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG) NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 01. Oktober 1979 (GV. NRW. S. 621), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. S. 90), i.V.m. § 5 Abs. 6 und Abs. 7 LAbfG nachfolgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Behandlung und Verwertung von Alttextilien aus Privathaushalten.

Ziel ist eine qualitativ hochwertige Aufgabenwahrnehmung der Abfallentsorgung zur langfristigen Gewährleistung der Entsorgungssicherheit, nachhaltige Verbesserung des Umwelt- und Klimaschutzes sowie der Ressourceneffizienz.

§ 1

- (1) Ab dem 1. Januar 2019 überträgt der Kreis Steinfurt der Stadt Ibbenbüren für deren Stadtgebiet gem. § 23 Abs. 1 Alt. 1, Abs. 2 Satz 1 GkG i.V.m. § 5 LAbfG delegierend die Behandlung und Verwertung von Alttextilien aus privaten Haushalten, die im Rahmen der eingerichteten Erfassungsstrukturen erfasst werden. Die Aufgabe der kommunalen Alttextiliensammlung, -behandlung und -verwertung übernimmt damit die Stadt Ibbenbüren in ihrer alleinigen Zuständigkeit und ist hierfür insoweit allein verantwortlich.
- (2) Die Stadt Ibbenbüren weist dem Kreis Steinfurt kostenfrei jährlich in überprüfbarer Form (z.B. Lieferscheine) nach, welche Mengen angefallen sind und wo diese behandelt/verwertet wurden.

§ 2

- (1) Die Personal- und Sachaufwendungen werden von der Stadt Ibbenbüren getragen.
Als angemessene Entschädigung im Sinne des § 23 Abs. 4 GkG NRW verbleiben die Einnahmen/Erträge, die sich aus der Behandlungs-, Verwertungs- oder Vermarktungstätigkeit ergeben, in vollem Umfang bei der Stadt Ibbenbüren. Eine darüber hinausgehende Entschädigungsleistung wird nicht vereinbart.
- (2) Sollte der Kreis Steinfurt aus der unter § 1 übertragene Aufgabe heraus zur Körperschafts-, Gewerbe- oder Umsatzsteuer herangezogen werden, sind diese Steuern von der Stadt Ibbenbüren zu tragen. Für evtl. Schäden im Rahmen der Aufgabenübernahme haftet die Stadt Ibbenbüren.

§ 3

- (1) Diese öffentlich-rechtliche Vereinbarung gilt ab dem 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2023. Sie verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht unter Beachtung einer einjährigen Kündigungsfrist mit Wirkung zum 31. Dezember des Folgejahres, erstmalig jedoch zum 31. Dezember 2020, gekündigt wird.
- (2) Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung oder deren Kündigung bedürfen der Schriftform.

§ 4

- (1) Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung unwirksam oder nicht durchführbar sein oder werden, so werden die übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Der Kreis Steinfurt und die Stadt Ibbenbüren sichern sich für diesen Fall zu, die betroffene Regelung durch eine wirksame oder durchführbare, dem Sinn der Vereinbarung entsprechende Regelung zu ersetzen, durch die der beabsichtigte Vertragszweck erreicht wird. Entsprechendes gilt für Regelungslücken in der Vereinbarung.
- (2) Falls diese Vereinbarung durch geänderte oder neue Gesetze ungültig werden sollte, verpflichten sich die Parteien zur Anpassung dieser Vereinbarung an die neue Rechtslage.
- (3) Soweit zulässig, wird der Gerichtsstand Steinfurt vereinbart.

§ 5

Diese Vereinbarung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt der Bezirksregierung Münster, frühestens am 1. Januar 2019, in Kraft.

Steinfurt, den 13.12.2018

für den Kreis Steinfurt:



Dr. Klaus Effing (Landrat)

Ibbenbüren, den 26.10.18

für die Stadt Ibbenbüren:



Dr. Marc Schrammeyer (Bürgermeister)
Abl. Bez.Reg. Mstr. 2018 S. 389-390

254 Genehmigung einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Steinfurt und der Gemeinde Metelen

Die nachfolgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Steinfurt und der Gemeinde Metelen zur Übertragung von Teilaufgaben des betrieblichen Eingliederungsmanagements habe ich mit Verfügung vom heutigen Tage gemäß § 24 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) genehmigt.

Die Vereinbarung und meine Genehmigung werden hiermit gemäß § 24 Abs. 3 GkG NRW bekannt gemacht. Die Vereinbarung wird am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Münster wirksam.

Münster, den 13. Dezember 2018

Bezirksregierung Münster
Az.: 31.1.25-092/2018.0001
Im Auftrag
gez. Wellmann

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

zwischen

der Gemeinde Metelen, vertreten durch den Bürgermeister

- nachstehend „Gemeinde Metelen“ genannt -
und

dem Kreis Steinfurt, vertreten durch den Landrat

- nachfolgend „Kreis Steinfurt“ genannt -

Die Gemeinde Metelen und der Kreis Steinfurt schließen gem. §§ 1 und 23 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG) NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 01. Oktober 1979 (GV. NRW. S. 621), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. S. 90), folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung:

§ 1 Vertragszweck

Die Gemeinde Metelen und der Kreis Steinfurt schließen diese Vereinbarung, um bei der Aufgabe des „betrieblichen Eingliederungsmanagements“ (BEM) interkommunal und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Ziel ist es, die Aufgabe des BEM effizient, termingerecht und vertraulich durchzuführen. Die Personalhoheit der Gemeinde Metelen wird durch die Zusammenarbeit bei der Aufgabenwahrnehmung nicht berührt.

§ 2 Vertragsgegenstand

- (1) Der Kreis Steinfurt verpflichtet sich, einen Teil der Aufgabe des betrieblichen Eingliederungsmanagements (§ 167 Abs. 2 SGB IX) für die Gemeinde Metelen durchzuführen (*mandatierende Aufgabenübertragung gemäß § 23 Abs. 1 Alt. 2, Abs. 2 Satz 2 GkG NRW*). Konkret übernimmt ein Mitarbeitender des Kreises Steinfurt das Führen von Erstgesprächen, bei Bedarf die Moderation weiterer Gespräche, bei Bedarf ein Bilanzgespräch (*ggfs. auch telefonisch*) sowie die Fertigung von Gesprächsprotokollen. Hierzu wird der/die Mitarbeitende des Kreises Steinfurt als BEM-Beauftragte/r der Gemeinde Metelen bestellt.
- (2) Die Initiative zur Durchführung des betrieblichen Eingliederungsmanagements (*Anschreiben der betroffenen Personen nach § 167 Abs. 2 S. 3 SGB IX*), die Organisation des Verfahrens (*Terminvereinbarungen im Einvernehmen mit dem Kreis Steinfurt*) sowie die Beteiligungen des Personalrates und - falls vorhanden - der Schwerbehindertenvertretung sowie ggf. weiterer Stellen erfolgen weiterhin durch die Gemeinde Metelen.
- (3) Der Kreis Steinfurt erledigt die in Abs. 1 aufgeführte Teilaufgabe durch eigenes Personal. Die Gespräche erfolgen in der Regel in den Diensträumen der Gemeinde Metelen. Die Gemeinde Metelen stellt hierfür zum jeweiligen Gesprächstermin einen Raum zur Verfügung. Die vor- und nachbereitenden Tätigkeiten erbringt der BEM-Beauftragte in der Regel in den Diensträumen der Kreisverwaltung Steinfurt.
- (4) Der Leiter des Haupt- und Personalamtes des Kreises Steinfurt entscheidet, welcher Mitarbeiter des Kreises Steinfurt als BEM-Beauftragte/r zur Durchführung der Teilaufgabe eingesetzt wird.

§ 3 Ausführung der Aufgaben

- (1) Die Gemeinde Metelen übermittelt der/dem BEM-Beauftragten alle für die Dienstleistungserbringung erforderlichen Informationen, insbesondere personenbezogene Daten, rechtzeitig und spätestens eine Woche vor dem Gesprächstermin. Die Datenübermittlung soll in einer sicheren elektronischen Form erfolgen. Eine sichere Übermittlung ist gegeben, wenn die Daten über das sichere Verbindungsnetz der öffentlichen Verwaltung Deutschlands, die Deutschland-Online-Infrastruktur (DOI), übermittelt werden. Ist eine sichere Übermittlung nicht gewährleistet, so sind die Daten in Papierform für Dritte nicht einsehbar zu übermitteln.
- (2) Der Kreis Steinfurt erbringt lediglich die Dienstleistung des Führens des Erstgesprächs, die Moderation weiterer Gespräche und das Fertigen von Gesprächsprotokollen. Entscheidungsbefugnisse werden ihm nicht übertragen.
- (3) Die Gemeinde Metelen benennt eine/n Ansprechpartner/in für den BEM-Beauftragten.

§ 4 Kostenerstattung und Abrechnung

- (1) Es werden Aufzeichnungen über den tatsächlichen Arbeitsumfang geführt und der Gemeinde Metelen zur Verfügung gestellt.
- (2) Für den Arbeitsaufwand berechnet der Kreis Steinfurt in Anlehnung an den geltenden Gebührentarif zur Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Steinfurt die für Prüfungen Dritter festgelegten Gebühren (von derzeit 60 €) für jede angefangene Stunde. Bei einer Änderung des Gebührentarifs zur allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Steinfurt wird der Stundensatz entsprechend angepasst. Zusätzlich werden die nach den Vorschriften des Landesreisekostengesetzes NRW an den BEM-Beauftragten zu zahlenden Reisekosten erhoben. Bei Einsatz eines Dienstkraftwagens des Kreises Steinfurt werden die Fahrkosten in Höhe der Wegstreckenentschädigung nach dem LRRG NRW berechnet.
- (3) Zum 31.12. und 30.06. erfolgt aufgrund der Arbeitsaufzeichnungen eine Spitzabrechnung der Kosten.
- (4) Sollte der Kreis Steinfurt zur Körperschafts-, Gewerbe- oder Umsatzsteuer herangezogen werden, sind diese Steuern zusätzlich zur Entschädigung nach Abs. 2 von der Gemeinde Metelen zu tragen.

§ 5 Weisungsrecht

- (1) Die/Der BEM-Beauftragte unterliegt bezüglich der Arbeitsausführung dem Weisungs- und Direktionsrecht des Kreises Steinfurt.
- (2) Aufträge, die offensichtlich gegen geltendes Recht verstoßen, werden nicht ausgeführt.

§ 6 Haftung

- (1) Die/Der BEM-Beauftragte wird bei der Durchführung der Aufgaben nach § 2 im Auftrag der Gemeinde Metelen tätig. Er wird im Rahmen der Vermögensschadensversicherung der Gemeinde Metelen als Vertrauenspersonen mitversichert und insoweit versicherungstechnisch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde Metelen gleichgestellt. Etwaige Selbstbeteiligungsanteile trägt die Gemeinde Metelen.
- (2) Die Gemeinde Metelen stellt sicher, dass Schäden, die der BEM-Beauftragte in Ausübung seiner Tätigkeit einem Dritten zufügt, im Rahmen einer Haftpflichtversicherung abgedeckt werden. Abs. 1 Satz 3 gilt entsprechend.

§ 7 Verschwiegenheit / Aufbewahrung und Rückgabe BEM-Akten

- (1) Die/Der Mitarbeiter/in des Haupt- und Personalamtes des Kreises Steinfurt, die/der als BEM-Beauftragte/r bestellt ist, ist verpflichtet, über die Angelegenheiten der Gemeindegeldverwaltung nach dieser Vereinbarung Kenntnis erlangt, gegenüber den sonstigen Organisationseinheiten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreises Verschwiegenheit zu bewahren. Der Gesprächsinhalt wird - auch gegenüber der Gemeinde Metelen - vertraulich behandelt. Im Übrigen gelten die datenschutzrechtlichen Bestimmungen.
- (2) Die BEM-Akten werden gesondert und verschlossen in den Diensträumen der/des BEM-Beauftragten aufbewahrt. Die Aufbewahrungsfrist beträgt drei Jahre.
- (3) Im Anschluss an die Aufbewahrungsfrist bzw. am Ende der Vertragslaufzeit wird die jeweilige BEM-Akte vernichtet. Auf Wunsch des/der betroffenen Mitarbeiters/in

wird ihm/ihr die BEM-Akte ausgehändigt. Eine Herausgabe an die Gemeinde Metelen erfolgt nicht.

- (4) Zum Schutz der persönlichen Daten wird zwischen der betroffenen Mitarbeiterin oder dem Mitarbeiter der Gemeinde Metelen und der/dem BEM-Beauftragten eine schriftliche Datenschutzerklärung geschlossen.

§ 8 Vertragsdauer, Kündigungsrecht

- (1) Die Vereinbarung wird zunächst befristet bis zum 30.09.2020 geschlossen. Wird die Vereinbarung zum 30.09.2020 nicht gekündigt, verlängert sich ihre Laufzeit.
- (2) Beide Seiten können das Vertragsverhältnis mit einer Frist von 1 Monat zum Ende des Monats kündigen.
- (3) Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 9 Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen

Gesetzliche Zuständigkeits-, Verfahrens-, Form-, Vertretungs- oder Genehmigungsregelungen werden durch diese Vereinbarung nicht berührt und sind zu beachten.

§ 10 Schlussbestimmungen

- (1) Diese Vereinbarung tritt am Tag nach der Bekanntmachung im Amtsblatt der Bezirksregierung Münster in Kraft.
- (2) Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Nebenabreden bestehen nicht.
- (3) Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung unwirksam oder nicht durchführbar sein oder werden, so werden die übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Der Kreis Steinfurt und die Gemeinde Metelen sichern sich für diesen Fall zu, die betroffene Regelung durch eine wirksame oder durchführbare, dem Sinn der Vereinbarung entsprechende Regelung zu ersetzen, durch die der beabsichtigte Vertragszweck erreicht wird. Entsprechendes gilt für Regelungslücken in der Vereinbarung.
- (4) Soweit zulässig, wird der Gerichtsstand Steinfurt vereinbart.

Steinfurt, den 12.11.2018 Metelen, den 12.11.2018

für den Kreis Steinfurt: **für die Gemeinde Metelen:**



Dr. Klaus Effing
Landrat



Gregor Krabbe
Bürgermeister

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2018 S. 390-391

**255 Bekanntmachung:
17. Änderung des Regionalplans Münsterland
Veränderung der Festlegung von Gewerbe- und
Industrieansiedlungsbereichen (GIB) und Allge-
meinen Siedlungsbereichen (ASB) im Rahmen
von Flächentauschen auf dem Gebiet der Stadt
Sassenberg**

Bezirksregierung Münster 17.12.2018
32.01.02.17

Die 17. Änderung des Regionalplans Münsterland umfasst die Erweiterung von drei Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sowie einem Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB). Gleichzeitig sollen zwei Siedlungsbereiche, die für Siedlungszwecke nicht zur Verfügung stehen,

zurückgenommen und dafür adäquate Freiraumfunktionen im Regionalplan festgelegt werden.

Gemäß § 9 Raumordnungsgesetz (ROG) i. V. m. § 13 Landesplanungsgesetz NRW (LPIG) wird der Öffentlichkeit und den in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen Gelegenheit gegeben, während der Auslegungsfrist Stellung zu dem Planentwurf, der Begründung und zum Umweltbericht zu nehmen. Die Planunterlagen der 17. Änderung des Regionalplans Münsterland werden in der Zeit vom

07. Januar 2019 bis einschließlich 08. Februar 2019

an folgenden Stellen und zu folgenden Zeiten zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt:

Bezirksregierung Münster, Domplatz 1-3, 48143 Münster
Zimmer 310a (Frau Holtmann)

Montag bis Donnerstag von 9.00 bis 16.00 Uhr

Freitag von 9.00 bis 12.00 Uhr

Ansprechpartner:

Jutta Lohrengel-Goeke, Tel. 0251/411-1753

Michael Leißing, Tel. 0251/411-1804

Kreis Warendorf, Nebenstelle, Waldenburger Straße 12,
48231 Warendorf

Raum N3.20

Montag bis Donnerstag von 9:00 bis 16:00 Uhr

Freitag von 9:00 bis 12:00 Uhr

Ansprechpartner:

Martin Terwey, Tel. 02581/53-6140

Zusätzlich können auf den Internetseiten der Bezirksregierung Münster (www.brms.nrw.de/go/verfahren) die Verfahrensunterlagen eingesehen bzw. heruntergeladen werden.

Anregungen und Bedenken können innerhalb der Auslegungsfrist **bis zum 08. Februar 2019** schriftlich, per E-Mail (michael.leissing@brms.nrw.de) oder zur Niederschrift bei der Bezirksregierung Münster als Regionalplanungsbehörde (Bezirksregierung Münster, Dezernat 32, Domplatz 1-3, 48143 Münster) vorgetragen werden. Anregungen und Bedenken können innerhalb der Auslegungsfrist auch beim Kreis Warendorf schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden. Anregungen und Bedenken sollten den vollständigen Namen und die Anschrift des Verfassers in leserlicher Form enthalten.

Die eingegangenen Stellungnahmen werden in die nachfolgende Abwägung einbezogen. Der Regionalrat entscheidet abschließend, inwieweit den Anregungen und Bedenken gefolgt wird. **Eine gesonderte Benachrichtigung erfolgt nicht.** Die Änderung des Regionalplans wird nach Abschluss des Verfahrens öffentlich bekannt gemacht.

Eventuell entstehende Kosten, die bei der Einsichtnahme und / oder bei der Geltendmachung von Anregungen und Bedenken entstehen, können nicht erstattet werden.

Nach Ablauf der vorgenannten Frist für eine Stellungnahme, also nach dem 08. Februar 2019 sind alle Stellungnahmen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 9 Abs. 2 Satz 4 ROG).

Hat eine Vereinigung im Sinne des § 4 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 Umweltrechtsbehelfsgesetz (UmwRG) in einem Verfahren zur Änderung eines Regionalplans Gelegenheit zur Äußerung gehabt, ist sie im Verfahren über den Rechtsbehelf nach § 7 Absatz 2 UmwRG mit allen Einwendungen ausgeschlossen, die sie im Verfahren zur Änderung des Regionalplans nicht oder nach den geltenden Rechtsvorschriften nicht rechtzeitig geltend gemacht hat, aber hätte geltend machen können (§ 7 Abs. 3 Satz 1 UmwRG).

Im Auftrag

gez. Michael Leißing

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2018 S. 391-392

256 Bestellung von bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern/Bezirksschornsteinfegerinnen

Bezirksregierung Münster

Dezernat 34

Münster, den 10. Dezember 2018

34.02.02.02-A 9/2018

Die Bezirksregierung Münster hat gemäß § 8 Abs. 1 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes (SchfHwG) vom 26. 11.2008 (BGBl. I Nr. 54) in der zurzeit gültigen Fassung mit Verfügung vom 10. Dezember 2018 Frau Katja Panner-Thorack mit Wirkung vom 01. Januar 2019 zur bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegerin für den Kehrbezirk Kreis Recklinghausen XXXVII bestellt. Die Bestellung ist auf 7 Jahre befristet.

34.02.02.02-A 10/2018

Die Bezirksregierung Münster hat gemäß § 8 Abs. 1 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes (SchfHwG) vom 26. 11.2008 (BGBl. I Nr. 54) in der zurzeit gültigen Fassung mit Verfügung vom 10. Dezember 2018 Herrn Wilfried Jacobs mit Wirkung vom 01. Januar 2019 zum bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger für den Kehrbezirk Kreis Recklinghausen XVII bestellt. Die Bestellung ist auf 7 Jahre befristet.

34.02.02.02-A 11/2018

Die Bezirksregierung Münster hat gemäß § 8 Abs. 1 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes (SchfHwG) vom 26. 11.2008 (BGBl. I Nr. 54) in der zurzeit gültigen Fassung mit Verfügung vom 10. Dezember 2018 Herrn Hubert Krampe mit Wirkung vom 01. Januar 2019 zum bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger für den Kehrbezirk Kreis Recklinghausen XIX bestellt. Die Bestellung ist auf 7 Jahre befristet.

34.02.02.02-A 12/2018

Die Bezirksregierung Münster hat gemäß § 8 Abs. 1 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes (SchfHwG) vom 26. 11.2008 (BGBl. I Nr. 54) in der zurzeit gültigen Fassung mit Verfügung vom 10. Dezember 2018 Herrn Heinz Jazbinsk mit Wirkung vom 01. Januar 2019 zum bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger für den Kehrbezirk Kreis Recklinghausen XXIV bestellt. Die Bestellung ist auf 7 Jahre befristet.

34.02.02.02-A 13/2018

Die Bezirksregierung Münster hat gemäß § 8 Abs. 1 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes (SchfHwG) vom 26. 11.2008 (BGBl. I Nr. 54) in der zurzeit gültigen Fassung mit Verfügung vom 10. Dezember 2018 Herrn Steffen Hils mit Wirkung vom 01. März 2019 zum bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger für den Kehrbezirk Kreis Coesfeld VIII bestellt. Die Bestellung ist auf 7 Jahre befristet.

34.02.02.02-A 14/2018

Die Bezirksregierung Münster hat gemäß § 8 Abs. 1 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes (SchfHwG) vom 26. 11.2008 (BGBl. I Nr. 54) in der zurzeit gültigen Fassung mit Verfügung vom 10. Dezember 2018 Herrn Dirk Theodor mit Wirkung vom 01. März 2019 zum bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger für den Kehrbezirk Kreis Warendorf XIX bestellt. Die Bestellung ist auf 7 Jahre befristet.

34.02.02.02-A 15/2018

Die Bezirksregierung Münster hat gemäß § 8 Abs. 1 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes (SchfHwG) vom 26. 11.2008 (BGBl. I Nr. 54) in der zurzeit gültigen Fassung mit Verfügung vom 10. Dezember 2018 Herrn Marcus Pohl mit Wirkung vom 01. März 2019 zum bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger für den Kehrbezirk Kreis Steinfurt VI bestellt. Die Bestellung ist auf 7 Jahre befristet.

34.02.02.02-A 16/2018

Die Bezirksregierung Münster hat gemäß § 8 Abs. 1 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes (SchfHwG) vom 26. 11.2008 (BGBl. I Nr. 54) in der zurzeit gültigen Fassung mit

Verfügung vom 10. Dezember 2018 Herrn Dirk Kerkhoff mit Wirkung vom 01. Januar 2019 zum bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger für den Kehrbezirk Kreis Borken XXIX bestellt. Die Bestellung ist auf 7 Jahre befristet.

34.02.02.02-A 17/2018

Die Bezirksregierung Münster hat gemäß § 8 Abs. 1 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes (SchfHwG) vom 26. 11.2008 (BGBl. I Nr. 54) in der zurzeit gültigen Fassung mit Verfügung vom 10. Dezember 2018 Herrn Ingo Hüsing mit Wirkung vom 01. Januar 2019 zum bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger für den Kehrbezirk Kreis Steinfurt XLVI bestellt. Die Bestellung ist auf 7 Jahre befristet.

34.02.02.02-A 18/2018

Die Bezirksregierung Münster hat gemäß § 8 Abs. 1 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes (SchfHwG) vom 26. 11.2008 (BGBl. I Nr. 54) in der zurzeit gültigen Fassung mit Verfügung vom 10. Dezember 2018 Herrn Andreas Isaak mit Wirkung vom 01. Januar 2019 zum bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger für den Kehrbezirk Stadt Gelsenkirchen III bestellt. Die Bestellung ist auf 7 Jahre befristet.

34.02.02.02-A 19/2018

Die Bezirksregierung Münster hat gemäß § 8 Abs. 1 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes (SchfHwG) vom 26. 11.2008 (BGBl. I Nr. 54) in der zurzeit gültigen Fassung mit Verfügung vom 10. Dezember 2018 Herrn Hendrik Wansing mit Wirkung vom 01. Januar 2019 zum bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger für den Kehrbezirk Kreis Recklinghausen LII bestellt. Die Bestellung ist auf 7 Jahre befristet.

34.02.02.02-A 20/2018

Die Bezirksregierung Münster hat gemäß § 8 Abs. 1 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes (SchfHwG) vom 26. 11.2008 (BGBl. I Nr. 54) in der zurzeit gültigen Fassung mit Verfügung vom 10. Dezember 2018 Herrn Raphael Kockmann mit Wirkung vom 01. Januar 2019 zum bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger für den Kehrbezirk Stadt Münster XX bestellt. Die Bestellung ist auf 7 Jahre befristet.

Im Auftrag
gez. Frank

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2018 S. 392-393

257 Vereinigung der Evangelischen Kirchengemeinde Buer-Beckhausen und der Evangelischen Kirchengemeinde Gelsenkirchen-Horst - Evangelischer Kirchenkreis Gelsenkirchen und Wattenscheid -

1. Ausfertigung

Urkunde

Vereinigung der Evangelischen Kirchengemeinde Buer-Beckhausen und der Evangelischen Kirchengemeinde Gelsenkirchen-Horst

Nach Anhörung der Beteiligten wird gemäß Artikel 6 Absatz 2 Kirchenordnung der Evangelischen Kirche von Westfalen Folgendes festgesetzt:

§ 1

Die Evangelische Kirchengemeinde Buer-Beckhausen und die Evangelische Kirchengemeinde Gelsenkirchen-Horst - beide Evangelischer Kirchenkreis Gelsenkirchen und Wattenscheid - werden zu einer Kirchengemeinde vereinigt. Die neu gebildete Kirchengemeinde erhält den Namen „Evangelische Epiphantias-Kirchengemeinde Gelsenkirchen“.

§ 2

Der Bekenntnisstand der Evangelischen Epiphantias-Kirchengemeinde Gelsenkirchen ist evangelisch-uniert (Lutherischer Katechismus).

§ 3

Die 1. Pfarrstelle der bisherigen Evangelischen Kirchengemeinde Buer-Beckhausen wird 1. Pfarrstelle und die 2. Pfarrstelle der bisherigen Evangelischen Kirchengemeinde Buer-Beckhausen wird 2. Pfarrstelle der neu gebildeten Kirchengemeinde. Die 1. Pfarrstelle der bisherigen Evangelischen Kirchengemeinde Gelsenkirchen-Horst wird 3. Pfarrstelle der neu gebildeten Kirchengemeinde.

§ 4

Die Evangelische Epiphantias-Kirchengemeinde Gelsenkirchen ist Rechtsnachfolgerin der Evangelischen Kirchengemeinde Buer-Beckhausen und der Evangelischen Kirchengemeinde Gelsenkirchen-Horst

§ 5

Die Urkunde tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.



Bielefeld, 6. November 2018
Evangelische Kirche von Westfalen
Das Landeskirchenamt
In Vertretung

[Handwritten Signature]
Dr. Hans-T. Conring

Az.: 010.11-30N1

URKUNDE

Die durch die Urkunde der Evangelischen Kirche von Westfalen - Landeskirchenamt - vom 06. November 2018 benannte Vereinigung der Evangelischen Kirchengemeinde Buer-Beckhausen und der Evangelischen Kirchengemeinde Gelsenkirchen-Horst - alle Evangelischer Kirchenkreis Gelsenkirchen und Wattenscheid - zu einer Kirchengemeinde mit dem Namen „Evangelische Epiphantias-Kirchengemeinde Gelsenkirchen“ mit Wirkung zum 01. Januar 2019 wird gemäß Artikel 4 des Preußischen Staatsgesetzes betreffend die Kirchenverfassungen der Evangelischen Landeskirchen vom 08. April 1924 staatlich anerkannt.

- 48.03.01.02 - 48128 Münster, den 6. Dezember 2018
Die Regierungspräsidentin



[Handwritten Signature]
Dorothee Feller

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2018 S. 393

258 Verlust eines Dienstsiegels

Das Dienstsiegel des Grundschulverbundes Liebfrauen, Städt. kath. Bekenntnisschule der Stadt Bocholt, mit der Aufschrift: „Grundschulverbund Liebfrauen kath. Bekenntnisschule Bocholt“ und Wappen ist in Verlust geraten. Das in Verlust geratene Dienstsiegel wird hiermit für ungültig erklärt.



Abl. Bez.Reg. Mstr. 2018 S. 394

259 Bekanntmachung gemäß § 10 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) und § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Bezirksregierung Münster
 Dezernat 52 48147 Münster, 06.12.2018
 Az.: 52-500-0342195/0018.V und
 Az.: 52-500-0912991/0012.V Domplatz 1-3
 poststelle@brms.nrw.de

Die Firma Entsorgungs-Gesellschaft Westmünsterland mbH (EGW), Estern 41, 48712 Gescher hat die Änderungsgenehmigungen zur wesentlichen Änderung der gemäß Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigten:

- Bioabfallkompostierungsanlage (BAK), Anlage zur Kompostierung von Bioabfällen in 48712 Gescher (Gemarkung Esch, Flur 8, Flurstück 152) und**
- Vergärungsanlage (VGA), Anlage zur Vergärung von Bioabfällen, in 48712 Gescher (Gemarkung Nordvelen, Flur 1, Flurstücke 6 und 284)**
beantragt:

Gegenstand des Antrages zu 1.**Änderungen**

- Erhöhung der Gesamtverarbeitungskapazität
- Erhöhung der Verarbeitungskapazität in der Rottehalle
- Geänderte Stoffstromführung in der Grobaufbereitung
- Bioabfallpresse und Vorlagebehälter
- Umstrukturierung Sozialbereich
- Neue Maschinenteknik Feinaufbereitung einschl. Abwurfbox-Mineralik

Anpassungen:

- Anpassung der Grobaufbereitung an das Vorhandensein von Flüssigkeiten
- Verlegung der Laborabsaugung
- Verfahrenstechnik, z.B. Stofffluss Bioabfälle, Prozessleitsystem (PLS)
- Elektroversorgung und Kommunikation

Neubau:

- Abfüllplatz Biosuspension
- Wendepplatz
- Krananlage oberhalb Bioabfallpresse

Gegenstand des Antrages zu 2.**Änderungen:**

- Gesamtverarbeitungskapazität
- Abfallartenkatalog
- Nutzungsänderung Flüssigkeitsbunker statt Schüttbunker
- Änderung Sozialbereich, z.B. Büro statt Umkleide
- Größerer Gasspeicher ca. 1.500 statt 1.150 m³
- Rückbau, z.B. Sandfang, Siebandpresse, BHKW Propangastank, Sandklassierer u. Abschlammbehälter.

Anpassungen:

- Verfahrenstechnik, z.B. Stofffluss Bioabfälle, Gasverstromung und Prozessleitsystem (PLS)
- Elektroversorgung und Kommunikation
- Abluftführung (z.B. Rohrleitungen)
- Anschluss Notheizkessel an Gasleitung VGA statt Propangastank

Neubau:

- Biofilmreaktor mit Nebenanlagen, z.B. Sandaustrag, Dünnschlammbehälter und Pumpenräume
- Austausch-BHKW mit Gasaufbereitung u. Kamin
- Gasverdichter für die Notfackel
- Flex-BHKW mit Nebenanlagen, z.B. Transformator, Gasaufbereitung und Kamin
- Betankungsbehälter, z.B. in der Anlieferhalle
- Kondensatbehälter neben Hydrolyse
- Gärrestspeicher mit Nebenanlagen
- Zwischenspeicher für Havariefläche
- Erdwall/Winkelsteine

Die Anlagen sollen nach jeweiliger Änderungsgenehmigung errichtet und betrieben werden.

Gemäß den Bestimmungen des BImSchG und der 4. Verordnung zur Durchführung des BImSchG (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen) bedürfen die beantragten Vorhaben jeweils einer Genehmigung nach diesen Vorschriften.

Die beantragten Vorhaben werden hiermit gemäß § 10 BImSchG und § 5 UVPG bekannt gemacht. Die Veröffentlichung erfolgt zeitgleich auf der Internetseite der Bezirksregierung Münster www.brms.nrw.de/go/verfahren und des Amtsblattes der Bezirksregierung Münster.

Gemäß § 9 UVPG besteht für Änderungsvorhaben für das eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt worden ist, nur dann die Pflicht, eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen, wenn die allgemeine Vorprüfung ergibt, dass die Änderungen zusätzliche erhebliche nachteilige oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann.

Nach Prüfung der vorgelegten Antragsunterlagen durch die Bezirksregierung Münster konnte festgestellt werden, dass keine erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen durch die vorgesehenen Maßnahmen zu erwarten sind und eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach § 9 UVPG deshalb nicht erforderlich ist.

Gemäß § 5 Abs. 3 UVPG ist diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar.

Die Genehmigungsanträge und die dazugehörigen Unterlagen liegen nach der Bekanntmachung einen Monat, vom 02.01.2019 bis einschließlich 01.02.2019, während der Dienststunden zur Einsicht bei folgenden Behörden aus:

Stadtverwaltung Gescher, Marktplatz 1, Bürgerbüro EG, Raum 016, 48712 Gescher

Stadtverwaltung Velen, Ramsdorfer Str. 19, Büro 34, 46342 Velen

Bezirksregierung Münster, Dezernat 52, Büro N 4019, Albrecht-Thaer-Straße 9, 48147 Münster

Etwaige Einwendungen nicht privatrechtlicher Natur gegen das Vorhaben können vom 02.01.2019 bis einschließlich 01.03.2019 bei den vorgenannten Behörden schriftlich vorgebracht werden.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist von einem Monat werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Die Einwendungen sollen die volle leserliche Anschrift (in Blockschrift) des Einwenders tragen. Zur Vereinfachung des

Verfahrens geben Sie bitte Ihre E-Mail-Adresse an.

Einwendungen können auch in elektronischer Form gemäß § 3a VwVfG NRW an die elektronische Poststelle der Bezirksregierung Münster übermittelt werden.

Wenn Sie Ihre Einwendung per Mail senden wollen, können Sie folgende Adressen nutzen: (dez52@brms.nrw.de oder Poststelle@brms.nrw.de) (erst mit der Eingangsbestätigung ist der Eingang bestätigt).

Es wird darauf hingewiesen, dass die Einwendungsschreiben an die Antragstellerin sowie den beteiligten Behörden zur Stellungnahme weitergegeben werden. Auf Verlangen der jeweiligen Einwender/Innen wird deren Namen und Anschrift unkenntlich gemacht, soweit diese Angaben nicht zur Beurteilung des Inhaltes der Einwendung oder Stellungnahme erforderlich sind.

Fristgerecht erhobene Einwendungen werden, soweit dies auf Grund einer Ermessensentscheidung der Genehmigungsbehörde gemäß § 16 der 9. BImSchV für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen gemäß § 6 BImSchG von Bedeutung ist, in einem Erörterungstermin, am 12.03.2019 um 9.30 Uhr, bei der Bezirksregierung Münster, Albrecht-Thaer-Straße 9, in 48147 Münster im Sitzungszimmer N0001, erörtert.

Es wird darauf hingewiesen, dass es im Ermessen der Genehmigungsbehörde liegt, ob der Erörterungstermin durchgeführt wird. Die Erörterung der fristgerecht erhobenen Einwendungen findet, sofern der Termin anberaumt wird, auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder der Personen, die Einwendungen erhoben haben, statt.

Der Erörterungstermin ist öffentlich. Ein Recht zur Teilnahme haben neben den Vertretern der beteiligten Behörden die Antragstellerin, deren Bevollmächtigte und diejenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben. Sonstige Personen können als Zuhörer am Termin teilnehmen, sofern genügend freie Plätze zur Verfügung stehen. Eine Abschrift der Niederschrift über den Verlauf und des Ergebnisses des Erörterungstermins wird dem Antragsteller übersandt, auf Antrag auch dem Einwendenden. Die Zustellungen können durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Kosten, die durch die Einsichtnahme in die Antragsunterlagen und die Teilnahme an dem Erörterungstermin entstehen, können nicht erstattet werden.

Im Auftrag
gez. Volker Stienecker
Abl. Bez.Reg. Mstr. 2018 S. 394-395

260 Bekanntmachung gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Bezirksregierung Münster Münster, den 13.12.2018
500-0303823-N002/0008.G

Die Emschergenossenschaft hat am 06.09.2018 einen Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Genehmigung gemäß § 60 WHG für die Errichtung und den Betrieb einer solarthermischen Klärschlamm-trocknung auf dem Standort der Kläranlage Bottrop gestellt. Es handelt sich hierbei um eine Erweiterung bzw. Änderung der bestehenden Kläranlage.

Nach § 6 besteht für Errichtung und Betrieb einer Abwasserbehandlungsanlage, die ausgelegt ist für organisch belastetes Abwasser von 9.000 kg/d oder mehr biochemischen ist Sauerstoffbedarfs in fünf Tagen (roh) die UVP-Pflicht. Dies ist für die Kläranlage Bottrop zutreffend. Laut § 9 Abs. 1 und 4 UVPG besteht für Änderungen von Vorhaben, für das eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wor-

den ist, die UVP-Pflicht, wenn die allgemeine Vorprüfung ergibt, dass die Änderung zusätzliche erhebliche nachteilige oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann. Es war eine allgemeine Vorprüfung zur UVP-Pflicht gem. § 7 UVPG durchzuführen.

Die Emschergenossenschaft hat der Bezirksregierung Münster eine allgemeine Vorprüfung zur UVP-Pflicht für die geplante Änderung vorgelegt. Im Rahmen der Prüfung wurde das Dezernat 51 (Natur und Landschaft) der Bezirksregierung Münster beteiligt.

Die vorgelegte allgemeine Vorprüfung zur UVP-Pflicht kommt zu dem Ergebnis, dass keine erheblichen negativen Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Weiter wurde nach Prüfung festgestellt, dass keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen auf die in Anlage 3 UVPG genannten Kriterien zu besorgen sind. Maßgebend ist hierbei, die geringe ökologische Empfindlichkeit des Standortes und die Merkmale des Vorhabens. Durch die Gewässerbenutzung werden lokal vorhandene Schutzgüter nicht oder nur geringfügig beeinträchtigt.

Ergebnis der Prüfung ist daher, dass keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Die Feststellung, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung unterbleiben kann, wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 UVPG bekannt gegeben. Gemäß § 5 Abs. 3 UVPG ist diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag
gez. Günter Behnke
Abl. Bez.Reg. Mstr. 2018 S. 395

261 Bekanntmachung der Bezirksregierung Münster über die öffentliche Auslegung der genehmigungsrelevanten Unterlagen im Verfahren zur Genehmigung des durch die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH und die Brennelement-Zwischenlager Ahaus GmbH beantragten Umgangs mit sonstigen radioaktiven Stoffen in Form der Zwischenlagerung im westlichen der beiden Lagerbereiche (Lagerbereich I) des Transportbehälterlagers Ahaus

Nach § 181 des Gesetzes zur Neuordnung des Rechts zum Schutz vor schädlichen Wirkungen ionisierender Strahlung (Strahlenschutzgesetz - StrlSchG) vom 27.06.2017 (BGBl. I S. 1966) in Verbindung mit § 9 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) und in Verbindung mit § 4 Abs. 1 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.02.1995 (BGBl. I S. 180) in der derzeit gültigen Fassung

wird bekannt gemacht:

1. Mit Antragsschreiben vom 29.08.2016, ergänzt durch Schreiben vom 13.12.2018 hat die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH als Nachfolgerin der GNS Gesellschaft für Nuklear-Service mbH und die Brennelement-Zwischenlager Ahaus GmbH den Umgang mit sonstigen radioaktiven Stoffen in Form der Zwischenlagerung im westlichen der beiden Lagerbereiche (Lagerbereich I) des Transportbehälterlagers Ahaus bis Ende 2057 beantragt.

Die Gesamtaktivität der eingelagerten sonstigen radioaktiven Stoffe wird 1 E+17 Bq nicht überschreiten. Die beantragte Genehmigung schließt an die bisherige von der Bezirksregierung Münster erteilte Umgangsgeneh-

migung an. Die beantragte Zwischenlagerung sonstiger radioaktiver Stoffe bezieht sich auf Abfälle, Reststoffe sowie ausgebaute Anlagenteile mit geringer bis mittlerer Radioaktivität. Diese Stoffe stammen aus dem Betrieb und dem Rückbau von kerntechnischen Anlagen. Die Nutzung der Genehmigung wird bis zum Abschluss des Einlagerungsbetriebes des Endlagers Konrad, also bis Ende 2057, beantragt.

2. Nach § 181 Abs. 1 StrlSchG ist mit Inkrafttreten dieser Rechtsvorschrift am 31.12.2018 die Umweltverträglichkeitsprüfung nach dieser Rechtsvorschrift in Verbindung mit den Vorschriften des § 7 Abs. 4 Satz 1 und 2 des Atomgesetzes (AtG) und den in § 181 StrlSchG genannten Vorschriften der AtVfV durchzuführen, wenn nach dem UVPG eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-pflichtige Vorhaben) besteht.

Im Rahmen des o.a. Genehmigungsverfahrens ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Diese umfasst insbesondere die Ermittlung, Beschreibung und Bewertung der für die Prüfung der Zulassungsvoraussetzungen bedeutsamen Auswirkungen des Vorhabens auf Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern. Hierzu hat der Antragsteller einen Umweltverträglichkeitsprüfungsbericht (UVP-Bericht) nach § 3 Abs. 2 AtVfV vorgelegt. Als weiterer entscheidungserheblicher Bericht liegt ein Sicherheitsbericht vor.

Nach § 181 Abs. 1 StrlSchG in Verbindung mit § 6 Abs. 1 und 2 AtVfV werden

- der Antrag,
- der Sicherheitsbericht,
- die Kurzbeschreibung des Vorhabens und
- der UVP-Bericht

ausgelegt.

Die zuvor genannten Unterlagen werden in der Zeit vom 07.01.2019 bis einschließlich 06.03.2019

- a. bei der Bezirksregierung Münster, Dienstgebäude Albrecht-Thaer-Str. 9, 48147 Münster, Raum N 5039, während der Dienststunden: montags bis freitags 09:00 bis 15:00 Uhr und
- b. bei der Stadt Ahaus, Fachbereich Bauordnung, Rathausplatz 1, 48683 Ahaus, Zimmer 135 bis 139, während der Dienststunden montags bis donnerstags von 09:00 bis 12:30 Uhr und von 14:30 bis 16:30 Uhr sowie freitags von 09:00 bis 12:30 Uhr

zur Einsichtnahme ausgelegt. Darüber hinaus sind die Unterlagen im Internet unter <http://www.brms.nrw.de/go/verfahren> verfügbar und können per Download auch heruntergeladen werden.

Weitere Informationen über das Vorhaben sind bei der Bezirksregierung Münster, Dezernat 55.6 -Strahlenschutz-, Dienstgebäude Albrecht-Thaer-Str. 9, 48147 Münster erhältlich. An diese Stelle können auch Fragen übermittelt werden.

3. Einwendungen gegen das Vorhaben können gemäß § 7 Abs. 1 AtVfV innerhalb der Auslegungsfrist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Bezirksregierung Münster, Dezernat 55.6 -Strahlenschutz-, Albrecht-Thaer-Str. 9, 48147 Münster oder bei der Stadt Ahaus Fachbereich Bauordnung, Rathausplatz 1, 48683 Ahaus vorgebracht werden. Es ist erforderlich, die unterschriebenen Einwendungen mit Namen, Vornamen und der genauen

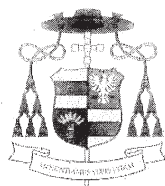
Anschrift des Einwenders zu versehen. Unleserliche Adressenangaben können dazu führen, dass Benachrichtigungen gemäß §§ 73 Abs. 6 und 74 Abs. 4 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) ausgeschlossen sind. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass die Einwendungsschreiben an den Antragsteller und an externe Gutachter zur Stellungnahme weitergegeben werden. Auf Verlangen des Einwenders werden dessen Name und Anschrift unkenntlich gemacht, soweit die Angaben nicht zur Beurteilung des Inhalts der Einwendung erforderlich sind oder die besonderen Befugnisse aufgrund eines privatrechtlichen Titels erkenntlich machen. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur im Sinne des Signaturgesetzes zu versehen und an die Adresse strahlenschutz@bez-reg-muenster.nrw.de zu richten. Wegen der diesbezüglichen technischen Voraussetzungen wird auf die Internetveröffentlichung unter <http://www.brms.nrw.de/go/egvp> verwiesen. Mit Ablauf der Einlegungsfrist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 7 Abs. 1 Satz 2 AtVfV).

4. Ein Termin für die mündliche Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird zu einem späteren Zeitpunkt bestimmt und in gleicher Weise wie das Vorhaben bekannt gemacht. In dem Erörterungstermin werden Einwendungen auch bei Ausbleiben der Antragsteller oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert. Der Erörterungstermin kann ggfls. gemäß § 67 VwVfG NRW entfallen, wenn z.B. keine Einwendungen erhoben werden. Es wird darauf hingewiesen, dass die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung gemäß § 15 Abs. 3 AtVfV ersetzt wird, wenn außer der Benachrichtigungen an andere Behörden und des Trägers des Vorhabens, mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind. Mögliche Entscheidungen zum Abschluss des Genehmigungsverfahrens können die Erteilung oder Versagung der beantragten Umgangsgenehmigung nach § 12 Abs. 1 Nr. 3 StrlSchG sein.

Bezirksregierung Münster
Dezernat 55 - Strahlenschutz
Az.: 55.6/TBL-A/AL 01.19

Im Auftrag
gez. G. Sondermann
Münster, den 14.12.2018
Abl. Bez.Reg. Mstr. 2018 S. 395-396

262 Staatliche Anerkennung der Anordnung über die Errichtung des Verbandes der katholischen Kirchengemeinden in den Dekanaten Dorsten und Lippe



FELIX GENN

**Divina Miseratione et Sanctae Apostolicae Sedis Gratia
Episcopus Monasteriensis**

**Anordnung
über die Errichtung des Verbandes der katholischen
Kirchengemeinden in den Dekanaten
Dorsten und Lippe**

Nach Zustimmung der Kirchenvorstände der beteiligten Kirchengemeinden wird folgendes angeordnet:

Art. 1

Die katholischen Kirchengemeinden

- St. Agatha, Dorsten
- St. Antonius und Bonifatius, Dorsten (Holsterhausen)
- St. Paulus, Dorsten (Hervest)
- St. Laurentius, Dorsten (Lembeck)
- St. Matthäus, Dorsten (Wulfen)
- St. Johannes der Täufer, Bottrop (Kirchhellen)
- St. Sixtus, Haltern am See
- Heilige Edith Stein, Marl
- St. Franziskus, Marl

werden mit Wirkung zum 1. Januar 2019 zu einem Verband zusammengeschlossen.

Falls innerhalb des jetzigen oder zukünftigen Verbandsgebietes neue Kirchengemeinden errichtet werden, gehören sie dem Verband mit ihrem Entstehen an. Entsprechendes gilt für bestehende Kirchengemeinden bei einer zukünftigen Erweiterung des Verbandsgebietes. Zukünftig nicht mehr existente Kirchengemeinden gehören ab dem Zeitpunkt ihrer Aufhebung nicht weiter dem Verband an.

Art. 2

Der Verband führt den Namen „Verband der katholischen Kirchengemeinden in den Dekanaten Dorsten und Lippe“. Er hat seinen Sitz in Dorsten.

Art. 3

Der Verband ist Gemeindeverband im Sinne der §§ 22 bis 27 des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24. Juli 1924. Er ist Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er führt ein eigenes Siegel.

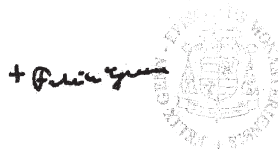
Art. 4

Der Umfang der Rechte und Pflichten des Verbandes und seiner Organe ergeben sich aus der Geschäftsanweisung für den Verband.

Art. 5

Diese Anordnung tritt mit ihrer Verkündung im Kirchlichen Amtsblatt für die Diözese Münster in Kraft.

Münster, 14. November 2018



FELIX GENN

**Divina Miseratione et Sanctae Apostolicae Sedis Gratia
Episcopus Monasteriensis**

**Geschäftsanweisung
für den Verband der katholischen Kirchengemeinden
in den Dekanaten Dorsten und Lippe**

§ 1 Bildung, Aufgaben und Sitz

(1) Auf Anordnung des Bischofs von Münster vom 14. November 2018 sind mit Zustimmung der Beteiligten die katholischen Kirchengemeinden in den Dekanaten Dorsten und Lippe zu dem Verband der katholischen Kirchengemeinden in den Dekanaten Dorsten und Lippe zusammengeschlossen worden.

Der Verband wird von folgenden Kirchengemeinden gebildet:

- St. Agatha, Dorsten
- St. Antonius und Bonifatius, Dorsten (Holsterhausen)
- St. Paulus, Dorsten (Hervest)
- St. Laurentius, Dorsten (Lembeck)
- St. Matthäus, Dorsten (Wulfen)
- St. Johannes der Täufer, Bottrop (Kirchhellen)
- St. Sixtus, Haltern am See
- Heilige Edith Stein, Marl
- St. Franziskus, Marl

(2) Falls innerhalb des jetzigen oder zukünftigen Verbandsgebietes neue Kirchengemeinden errichtet werden, gehören sie dem Verband mit ihrem Entstehen an. Entsprechendes gilt für bestehende Kirchengemeinden bei einer zukünftigen Erweiterung des Verbandsgebietes. Zukünftig nicht mehr existente Kirchengemeinden gehören ab dem Zeitpunkt ihrer Aufhebung nicht weiter dem Verband an

(3) Der Verband führt den Namen

Verband der katholischen Kirchengemeinden
in den Dekanaten Dorsten und Lippe

(4) Er hat seinen Sitz in Dorsten und ist Körperschaft des öffentlichen Rechts.

(5) Der Verband führt ein eigenes Siegel.

(6) Der Verband kann ganz oder teilweise die Erfüllung gemeinsamer örtlicher Aufgaben sowie die Versorgung der

Gemeinden mit äußeren kirchlichen Einrichtungen und Mitteln übernehmen.

Er kann demgemäß Aufgaben wahrnehmen, die über den Bereich der einzelnen Kirchengemeinden hinausgehen sowie die Bearbeitung von Angelegenheiten, die eine grundsätzliche Bedeutung haben oder erlangen können, soweit keine andere Zuständigkeit gegeben ist.

Wesentliche Aufgabe des Verbandes ist die Bildung einer Zentralrendantur. Die Aufgaben der Zentralrendantur werden in einer Geschäftsordnung geregelt.

(7) Der Verband kann die ihm angehörenden Kirchengemeinden auf deren Verlangen auf dem Gebiet des Rechnungs-, Rechts-, Personal-, sowie des Bauwesens beraten und vertreten. Soweit die Kirchengemeinden ihn beauftragen, vertritt er diese gegenüber staatlichen und kommunalen Behörden sowie in gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten.

(8) Der Verband führt die Kirchenkassen und die Gemeinschaftskassen der ihm angehörenden Kirchengemeinden und nimmt alle Aufgaben wahr, die nach der Haushalts- und Kassenordnung für die kirchlichen Körperschaften und Einrichtungen auf der unteren pastoralen Ebene im nordrhein-westfälischen Teil des Bistums Münster (HKO) in ihrer jeweils geltenden Fassung einer Zentralrendantur obliegen.

(9) Dem Verband werden die Aufgaben der allgemeinen Verwaltung des Vermögens in den ihm angehörigen Kirchengemeinden übertragen. § 27 des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens im nordrhein-westfälischen Teil des Bistums Münster für die Vorstände der Kirchengemeinden und Vertretungen der Gemeindeverbände (VVG NW) gilt entsprechend.

(10) Der Verband hat die Befugnis, Rechte, namentlich auch an Grundstücken zu erwerben, Verbindlichkeiten einzugehen, zu klagen und sich verklagen zu lassen und Anleihen aufzunehmen.

(11) Im Rahmen der geltenden Gesetze und Verordnungen steht dem Verband die Befugnis zu, über Einführung, Veränderung und Aufhebung allgemeiner Gebühren für die Verbandsgemeinden Beschluss zu fassen und sich die Mittel, deren er zur Erfüllung seiner Aufgaben bedarf, durch Umlage zu beschaffen, falls nicht andere Einnahmen zur Verfügung stehen. Die Höhe der Verbandsumlage für die einzelnen Kirchengemeinden wird durch die Verbandsvertretung festgesetzt. Das Recht der Steuererhebung steht ihm zu, soweit es in entsprechenden Gesetzen vorgesehen ist.

(12) Der Verband verpflichtet sich zur Anwendung der Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse in der jeweils für das Bistum Münster gültigen Fassung. Ebenso besteht die Verpflichtung zur Anwendung der Mitarbeitervertreterordnung der kirchlichen Arbeits- und Vergütungsordnung in den jeweils geltenden Fassungen.

§ 2 Organe des Verbandes

Organe des Verbandes sind

- a) die Verbandsvertretung (§§ 3-6)
- b) der Verbandsausschuss (§ 7)

§ 3 Verbandsvertretung

(1) Die Angelegenheiten des Verbandes und seiner angeschlossenen Einrichtungen werden von der Verbandsvertretung wahrgenommen. Ihr obliegt die Beschlussfassung über den Haushaltsplan und die Jahresrechnung des Verbandes und der nach § 1 Abs. 6 gebildeten Einrichtungen.

Angelegenheiten von besonderer Bedeutung sind ihr zur Beschlussfassung vorzulegen.

Angelegenheiten von besonderer Bedeutung sind insbesondere:

- a) Personalangelegenheiten, welche sich die Verbandsvertretung durch Beschluss vorbehält,
- b) Änderungen die Geschäftsanweisung für den Verband der katholischen Kirchengemeinden in den Dekanaten Dorsten und Lippe und die Geschäftsordnungen der Zentralrendantur und etwaiger anderer Einrichtungen des Verbandes betreffend. Änderungen bedürfen der Genehmigung durch die Bischöfliche Behörde,
- c) Beschlüsse den Aufgabengliederungs- und Geschäftsverteilungsplan betreffend, sowie
- d) Änderungen nach §§ 22 Abs. 2, 23, 24, 26 des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens für die Vorstände der Kirchengemeinden und Vertretungen der Gemeindeverbände im nordrhein-westfälischen Teil des Bistums Münster (VVG NW).

(2) Die Verbandsvertretung besteht aus den jeweiligen Vorsitzenden und je zwei weiteren Mitgliedern der einzelnen Kirchenvorstände der in § 1 Abs. 1 genannten Kirchengemeinden. Diese werden von den wählbaren Mitgliedern für die Dauer ihrer Mitgliedschaft vom Kirchenvorstand gewählt. Gewählte Mitglieder der Verbandsvertretung können jederzeit durch schriftliche Erklärung gegenüber der Verbandsvertretung von ihrem Amt zurücktreten. Sollte ein gewähltes Mitglied ausscheiden, so wird vom jeweiligen Kirchenvorstand eine Nachwahl durchgeführt. Sonstige Änderungen bei der Mitgliedschaft von gewählten Mitgliedern richten sich nach dem Gesetz über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24. Juli 1924.

(3) Der Vorsitzende der Verbandsvertretung ist der jeweils ranghöchste Dechant oder Pfarrer. Dieser kann mit Genehmigung der bischöflichen Behörde den Vorsitz auf ein anderes Mitglied der Verbandsvertretung übertragen.

(4) Die Verbandsvertretung wählt aus ihrer Mitte einen stellvertretenden Vorsitzenden. Er vertritt den Vorsitzenden im Falle der Verhinderung und in allen sonstigen in der Geschäftsanweisung genannten Fällen.

(5) Der Vorsitzende des Verbandes leitet die Sitzungen, er bestimmt die Reihenfolge der zu verhandelnden Gegenstände und die Art der Protokollführung.

(6) Es ist ein namentliches Verzeichnis der Mitglieder der Verbandsvertretung, nach Kirchengemeinden geordnet und unter Angabe der Wahlperiode der gewählten Mitglieder aufzustellen, jeweils fortzuführen oder zu berichtigen. Eine Ausfertigung dieses Verzeichnisses ist der Bischöflichen Behörde einzureichen, der auch jede Änderung unter den Mitgliedern alsbald anzuzeigen ist.

(7) Die eingetretenen Verbandsvertreter werden durch den Vorsitzenden in ihr Amt eingeführt und durch Handschlag auf treue Erfüllung ihrer Obliegenheiten und auf ihre Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Die Verschwiegenheitsverpflichtung dauert auch nach Beendigung der Mitgliedschaft fort.

(8) Mitarbeiter des Verbandes und seiner Einrichtungen können nicht Mitglieder der Verbandsvertretung sein.

§ 4 Sitzungen der Verbandsvertretung

(1) Der Vorsitzende beruft die Verbandsvertretung ein, sofern es zur ordnungsmäßigen Erledigung der Geschäfte erforderlich ist. Die Einladung sämtlicher Mitglieder zu ordentlichen Sitzungen erfolgt schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung spätestens acht Tage vor der Sitzung.

Die Leitung der Zentralrendantur kann als beratender Teilnehmer hinzugezogen werden. Die Leitung hat auf Anforderung der Verbandsvertretung an den Sitzungen teilzunehmen.

(2) Außerordentliche Sitzungen sind abzuhalten, wenn dieses von der Bischöflichen Behörde oder von der Hälfte der Mitglieder der Verbandsvertretung beantragt wird. Kommt der Vorsitzende dem Verlangen auf Einberufung einer außerordentlichen Sitzung nicht nach, so kann, falls die Einberufungsvoraussetzungen vorliegen, die Berufung durch die Bischöfliche Behörde unter gleichzeitiger Benennung eines Vorsitzenden aus den übrigen Mitgliedern der Verbandsvertretung erfolgen.

(3) Die Bischöfliche Behörde hat das Recht zu einer von ihr verlangten Sitzung der Verbandsvertretung einen Vertreter mit beratender Stimme zu entsenden.

§ 5 Beschlussfassung

(1) Die Verbandsvertretung ist beschlussfähig, wenn wenigstens die Hälfte ihrer Mitglieder einschließlich des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters erschienen sind. Sie ist stets beschlussfähig, wenn sie zum zweiten Male zur Sitzung mit derselben Tagesordnung einberufen und auf diese Folge dabei ausdrücklich hingewiesen worden ist. § 12 VVG NW gilt entsprechend.

(2) Beschlüsse werden durch Stimmenmehrheit der Anwesenden gefasst. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Sitzungsleiters, bei Wahlen das Los. Die Beschlüsse sind unter Angabe des Tages und der Anwesenden in das Protokollbuch einzutragen und von dem Sitzungsleiter und zwei Mitgliedern unter Beidrückung des Verbandsiegels zu unterschreiben.

(3) Über die Sitzungen ist eine Niederschrift zu führen. Beschlüsse sind im Wortlaut festzuhalten. Der Vorsitzende leitet den Mitgliedern der Verbandsvertretung Abschriften der Niederschriften unverzüglich, spätestens nach Ablauf von drei Wochen nach der Sitzung, zu. Wird ein Widerspruch nicht innerhalb von sechs Wochen nach Zugang der Niederschrift erhoben, so gilt diese als genehmigt.

§ 6 Urkunden

(1) Urkunden über Rechtsgeschäfte, welche den Verband Dritten gegenüber verpflichten sollen, müssen von dem Vorsitzenden oder dem stellvertretenden Vorsitzenden und zwei Mitgliedern der Verbandsvertretung unterschrieben und mit dem Siegel des Verbandes versehen sein.

(2) Sonstige Urkunden ergehen unter der Unterschrift des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters oder bei deren Verhinderung eines von dem Vorsitzenden Beauftragten.

(3) Rechtsgeschäfte und Rechtsakte nach den Vorgaben der jeweils geltenden Geschäftsweisung gem. § 21 des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens für die Vorstände der Kirchengemeinden und Vertretungen der Gemeindeverbände im nordrhein-westfälischen Teil des Bistums Münster (VVG NW) in Verbindung mit dem Partikularrecht bedürfen zu ihrer Rechtsgültigkeit der schriftlichen Genehmigung der Bischöflichen Behörde.

§ 7 Verbandsausschuss

(1) Zur Erleichterung der Geschäftsführung bestellt die Verbandsvertretung aus ihrer Mitte einen Verbandsausschuss. Der Ausschuss vertritt den Verband in vermögensrechtlicher Beziehung, in streitigen wie in nicht streitigen Rechtsangelegenheiten und verwaltet dessen Vermögen nach Maßgabe

der Verbandsvertretungsbeschlüsse.

(2) Der Verbandsausschuss stellt nach Maßgabe des Stellenplans der Zentralrendantur unter Beachtung der Beschlüsse der Verbandsvertretung und unter Beteiligung der Leitung der Zentralrendantur die übrigen Dienstnehmer, vorbehaltlich § 3 Abs. 1a), ein. Sie müssen über eine ausreichende Qualifikation für ihren Tätigkeitsbereich verfügen.

(3) Der Verbandsausschuss berichtet der Verbandsvertretung regelmäßig über die Umsetzung der Beschlüsse der Verbandsvertretung und über den laufenden Geschäftsbetrieb. Der Verbandsausschuss übt die Aufsicht gegenüber der Zentralrendantur aus.

(4) Der Verbandsausschuss besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und fünf weiteren Mitgliedern der Verbandsvertretung, die diese für die Dauer ihres Amtes wählt. Fünf Mitglieder müssen Laien sein.

(5) Die Mitglieder des Verbandsausschusses können von der Verbandsvertretung aus wichtigem Grund vorzeitig abberufen werden. Die Abberufung bedarf der Genehmigung der Bischöflichen Behörde. Eine Nachwahl durch die Verbandsvertretung ist durchzuführen.

(6) Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende der Verbandsvertretung sind zugleich Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Verbandsausschusses.

(7) Die Einladung sämtlicher Mitglieder des Ausschusses erfolgt schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung spätestens am dritten Tage vor der Sitzung. In eilbedürftigen Fällen kann eine Einladung der Mitglieder unter Mitteilung der Tagesordnung telefonisch spätestens am Tage vor der Sitzung erfolgen. Im letzteren Falle ist ein Protokoll über die erfolgte Einladung sämtlicher Mitglieder aufzunehmen und von dem Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden zu unterzeichnen.

(8) Zu den Sitzungen des Ausschusses sind Vertreter der einzelnen Kirchengemeinden einzuladen, wenn über deren Angelegenheiten verhandelt werden soll, damit sie ihre Belange in der Sitzung vertreten können.

(9) Im Übrigen gelten für den Ausschuss die Vorschriften der §§ 3 Abs. 2 Satz 3 bis 5, Abs. 5, Abs. 6 und Abs. 7; 4 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3; 5 Abs. 1, Abs. 2 und 3 Satz 1 und 6 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3 dieser Geschäftsweisung entsprechend.

§ 8 Geschäftsleitung

(1) Der Verband unterhält ein Verbandsbüro (Zentralrendantur), dessen sich die Verbandsvertretung und der Ausschuss zur Erledigung der eigenen und ihm übertragenen Aufgaben bedienen. Das Verbandsbüro steht unter der Leitung eines Geschäftsleiters (Leitung der Zentralrendantur). Der Geschäftsleiter wird von der Verbandsvertretung mit Zustimmung der Bischöflichen Behörde berufen. Er erledigt seine Aufgaben nach den Weisungen und unter Aufsicht der Verbandsvertretung und des Ausschusses. Die Aufgaben richten sich insbesondere nach dem von der Verbandsvertretung beschlossenen Aufgabengliederungs- und Geschäftsverteilungsplan.

(2) Die Anstellung von etwaigen weiteren Mitarbeitern für das Büro erfolgt unter Beteiligung des Geschäftsleiters durch den Ausschuss.

§ 9 Datenschutz

(1) Die vom Verband zur Erfüllung seiner Aufgaben verarbeiteten personenbezogenen Daten und Daten über persönliche und sachbezogene Verhältnisse unterliegen den

kirchlichen Bestimmungen über den Datenschutz. Dies gilt darüber hinaus auch für gespeicherte, übermittelte und veränderte Daten.

(2) Durch die Anerkennung dieser Geschäftsweisung stimmen die Kirchengemeinden der Speicherung, Bearbeitung, Verarbeitung und Übermittlung der erforderlichen Daten durch den Verband zu. Eine anderweitige Datenverwendung, als die zur Aufgabenerfüllung nach dieser Geschäftsweisung, ist nicht statthaft. Die Rechte und Pflichten der Kirchengemeinden über den Datenschutz ergeben sich ebenso aus den diesbezüglichen kirchlichen Bestimmungen.

§ 10 Schiedsverfahren

In inneren Streitverfahren hat der Verband und/oder seine Organe vor der Anrufung staatlicher Gerichte oder Behörden den beim Bistum Münster eingerichteten Schlichtungsausschuss für das Bistum Münster anzurufen.

§ 11 Inkrafttreten

Die Geschäftsweisung tritt mit Wirkung zum 1. Januar 2019 in Kraft.

Münster, 14. November 2018

+ *Barin Janni*



URKUNDE

Die durch die Urkunde des Bischofs von Münster vom 14. November 2018 benannte Anordnung über die Errichtung des Verbandes der katholischen Kirchengemeinden in den Dekanaten Dorsten und Lippe mit Wirkung vom 01. Januar 2019 wird gemäß § 23 des Gesetzes über die Verwaltung des Kath. Kirchenvermögens vom 24.07.1924 i.V.m. der Bekanntmachung der Änderung der Genehmigungsvorschriften für die Rechtsgültigkeit von Rechtsgeschäften und Rechtsakten der Kirchenvorstände und Vertretungen der Gemeindeverbände im nordrhein-westfälischen Teil des Bistums Münster vom 02.04.2003, Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land NRW Nr. 17 vom 17.04.2003 staatlich genehmigt.

- 48.03.01.02 - 48128 Münster, den 12. Dezember 2018

Die Regierungspräsidentin



Dorothee Feller

Dorothee Feller

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2018 S. 397-400

C: Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

263 Verlust eines Dienstausweises

Der Dienstausweis von

Sabine Baron, Nr. 1269

ausgestellt vom Landrat des Kreises Recklinghausen, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt. Der Dienstausweis war auf das Gebiet des Kreises Recklinghausen beschränkt.

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2018 S. 400

264 Prüfungsordnung des Studieninstitutes für kommunale Verwaltung Emscher-Lippe für Umschulungsprüfungen im Ausbildungsberuf zur Verwaltungsfachangestellten/zum Verwaltungsfachangestellten - Fachrichtung Kommunalverwaltung -

vom 01.01.2019

Die Verbandsversammlung hat am 27.11.2018 aufgrund des § 59 des Berufsbildungsgesetzes vom 23.03.2005 (BGBl. I. S. 931) in der zurzeit geltenden Fassung in Verbindung mit § 6 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a der Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Berufsbildungsgesetz und die Angelegenheiten der Berufsbildung im Rahmen der Handwerksordnung sowie die Zuständigkeiten nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz vom 05.09.2006 (GV. NRW. S. 446) in der zurzeit geltenden Fassung folgende Umschulungsprüfungsregelung beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

- § 1 - Zuständigkeit
- § 2 - Ziel, Inhalt und Anforderungen der Umschulungsprüfung

- § 3 - Betriebliche Praktikumsphase
- § 4 - Dienstbegleitende Unterweisung
- § 5 - Zulassung zur Umschulungsprüfung
- § 6 - Prüfungsverfahren
- § 7 - Prüfungsausschuss
- § 8 - Bezeichnung des Umschulungsabschlusses
- § 9 - Prüfungszeugnis
- § 10 - Inkrafttreten

§ 1 Zuständigkeit. Das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Emscher-Lippe ist zuständig für die Abnahme der Umschulungsprüfungen aller Umschülerinnen und Umschüler im Ausbildungsberuf zur Verwaltungsfachangestellten/zum Verwaltungsfachangestellten - Fachrichtung Kommunalverwaltung -, die in seinem Einzugsgebiet umgeschult worden sind. Maßgeblich ist der Ort der Niederlassung des Umschulungsträgers.

§ 2 Ziel, Inhalt und Anforderungen der Umschulungsprüfung. Ziel, Inhalt und Anforderungen richten sich nach der Verordnung über die Abschlussprüfung für den Ausbildungsberuf zur Verwaltungsfachangestellten/zum Verwaltungsfachangestellten im Lande Nordrhein-Westfalen - Fachrichtung Landes- und Kommunalverwaltung - (APO Verwaltungsfachangestellte) vom 11.06.2014 (GV. NRW. 2014 S. 325) in der jeweils geltenden Fassung.

§ 3 Betriebliche Praktikumsphase. Das Praktikum soll in der Regel bei einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband erfolgen. Ausnahmen hiervon sind vorab und rechtzeitig beim Studieninstitut für kommunale Verwaltung Emscher-Lippe schriftlich zu beantragen.

§ 4 Dienstbegleitende Unterweisung. (1) Zur Ergänzung und Vertiefung der beruflichen Umschulung sollen die Fertigkeiten und Kenntnisse in der Fachrichtung Kommunalverwaltung zusätzlich in einer dienstbegleitenden Unterweisung im Sinne des § 4 Abs. 5 der Verordnung über die Berufsausbildung zum Verwaltungsfachangestellten/zur Verwaltungsfachangestellten (VwFAngAusbV 1999) vom 19.05.1999 (BGBl. I S. 1029) durch das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Emscher-Lippe vermittelt werden.

(2) Die Studienleitung ist zuständig für die inhaltliche und zeitliche Ausgestaltung der dienstbegleitenden Unterweisung.

§ 5 Zulassung zur Umschulungsprüfung. (1) Zur Umschulungsprüfung werden Umschülerinnen oder Umschüler zugelassen, sofern diese nachweisen, dass

- a. sie an einer beruflichen Umschulung mit einer Gesamtdauer von 24 Monaten in einer Umschulungseinrichtung einschließlich eines Praktikums von mindestens sechs Monaten ordnungsgemäß teilgenommen haben und
- b. dieser beruflichen Umschulung das Ausbildungsberufsbild und der Ausbildungsrahmenplan gemäß der §§ 3 und 4 der VwFAngAusbV 1999 unter Berücksichtigung der besonderen Erfordernisse der beruflichen Erwachsenenbildung zugrunde liegen.

(2) Als ordnungsgemäß werden Leistungen angesehen, wenn jeweils eine regelmäßige Teilnahme mit mindestens ausreichender Beurteilung gegeben ist. Dem Studieninstitut für kommunale Verwaltung Emscher-Lippe sind die Nachweise frühzeitig in schriftlicher Form vorzulegen.

§ 6 Prüfungsverfahren. (1) Für die Durchführung von Umschulungsprüfungen gelten die Bestimmungen der Vw-

FAngAusbV vom 19.05.1999 und der APO Verwaltungsfachangestellte vom 11.06.2014.

(2) Die Anmeldung zur Umschulungsprüfung erfolgt durch die Umschulungseinrichtung und muss dem Studieninstitut für kommunale Verwaltung Emscher-Lippe spätestens vier Wochen vor dem ersten Prüfungstag schriftlich vorliegen. Der Anmeldung sind folgende Unterlagen beizufügen:

- ein Lebenslauf,
- alle Nachweise gemäß § 5 dieser Prüfungsregelung,
- ggf. ein Antrag auf Prüfungserleichterung im Sinne des § 4 der APO Verwaltungsfachangestellte vom 11.06.2014.

§ 7 Prüfungsausschuss. Für die Umschulungsprüfungen ist der nach § 1 Abs. 3 Satz 1 APO Verwaltungsfachangestellte vom 11.06.2014 i.V.m. § 40 BBiG vom 23.03.2005 einzurichtende Prüfungsausschuss beim Studieninstitut für kommunale Verwaltung Emscher-Lippe zuständig.

§ 8 Bezeichnung des Umschulungsabschlusses. Mit bestandener Umschulungsprüfung darf die Berufsbezeichnung Verwaltungsfachangestellte/Verwaltungsfachangestellter - Fachrichtung Kommunalverwaltung - geführt werden.

§ 9 Prüfungszeugnis. Über das Ergebnis der bestandenen Prüfung erhält der Prüfling ein Zeugnis analog § 13 APO Verwaltungsfachangestellte vom 11.06.2014.

§ 10 Inkrafttreten. Diese Umschulungsprüfungsregelung tritt nach der Veröffentlichung am 01.01.2019 in Kraft.

Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Münster

Bezirksregierung Münster

48128 Münster

NRW UMWELTSCHUTZ

**Das
Grüne
Telefon:
0251/
4113300**



Eine Information der Landesregierung

Veröffentlichungsersuche für das Amtsblatt und den Öffentlichen Anzeiger – Beilage zum Amtsblatt – sind nur an die Bezirksregierung – Amtsblattverwaltung – in 48128 Münster zu richten. – Das Amtsblatt mit dem Öffentlichen Anzeiger erscheint wöchentlich. Redaktionsschluss: Freitag 10.00 Uhr. – Bezugspreis jährlich 25,00 € zzgl. Versandkosten jährlich 51,00 €. Einrückungsgebühr für die zweispaltige Zeile oder deren Raum 1,00 €. Für das Belegblatt werden 1,00 € zzgl. 0,50 € Versandkosten erhoben. Bezug von Einzellieferungen: 2,00 € zzgl. 2,00 € Versandkosten, werden Ende des Jahres per Rechnung ausgewiesen.

Abonnementsbestellungen und – Kündigungen wie folgt:

Zum 30.06. eines Jahres – Eingang bis 01.04.

Zum 31.12. eines Jahres – Eingang bis 01.10.

Bezug durch die Bezirksregierung Münster

Domplatz 1-3, 48143 Münster,

Auskunft erteilt Frau Brockmeier, Tel. 0251-411-1097

Email: poststelle@brms.nrw.de

Adressänderungen, Kündigungen etc. ausschließlich an die Bezirksregierung Münster

Druck, Vertrieb und Herausgeber: Bezirksregierung Münster